



# Politische Berichte

Nummer 11 / 11. Jahrgang

25. Mai 1990

G 7756 D Preis 1,50 DM

In dieser Ausgabe: Wahlergebnisse in Niedersachsen und NRW • Italien: Rechte Wahlerfolge • Mannheim: Proteste von Gefangenen • BASF: 20-Millionen-DM-Fest • Trotz Staatsvertrag: Widerstand gegen DDR-Okkupation!

## Sanktionen gegen Südafrika sollen fallen

Das Siedlerregime ist nach wie vor aggressiv und brutal — De Klerk sucht Unterstützung

Die südafrikanische Regierung hat mit ihrem teilweisen Nachgeben, indem sie Teile der Apartheidgesetze aufhebt oder ihre Aufhebung ankündigt, einzelne politische Gefangene freilässt, den Bann gegen Befreiungsorganisationen aufgehoben hat, auf jeden Fall eine Lockerung der Sanktio-

nen erreicht, ohne daß sie aber bisher den Befreiungskampf vernichten konnte. Sie beabsichtigt, sich eine Atempause zur Aufrüstung gegen den Befreiungskampf zu verschaffen und sucht für ihr weiteres Vorgehen die Unterstützung durch die westeuropäischen Herren.

Der südafrikanische Staatspräsident De Klerk ist bemüht, die internationale Isolierung Südafrikas zu durchbrechen, ohne grundlegende Änderungen im Siedlerstaat zuzulassen. Seine am 8. Mai beginnende Reise durch die wichtigsten Unterstützerstaaten der südafrikanischen Siedlerherrschaft, nämlich u.a. durch die EG-Staaten Frankreich, Großbritannien, Belgien und die BRD, scheint dem zu nützen. Erstmals seit mehr als zwanzig Jahren ist ein südafrikanischer Staatspräsident in Frankreich und der BRD als Staatsgast empfangen worden. Die Bundesregierung führte eineinhalb Tage dauernde Gespräche mit De Klerk. In allen Ländern hat De Klerk umfangreiche Gespräche mit Kapitalisten und Kapitalistenverbänden geführt, deren Teilnehmer und Inhalt weitgehend geheimgehalten werden. Damit kann als sicher gelten, daß die westeuropäischen Imperialisten einen Weg finden wollen, ohne große öffentliche Proteste die Sanktionen gegen Südafrika zu beseitigen und das Geschäft mit der Ausbeutung einer ihres Landes enteigneten und brutal unterdrückten Bevölkerung weiter aufblühen zu lassen. Einige kosmetische Reformen an der Apartheid sollen als Grund genügen. Die EG will auf dem Gipfel am 24./25. Juni erneut über die Aufhebung der Sanktionen verhandeln.

De Klerk betreibt ein Programm, daß

den Siedlern sowohl die blutige Unterdrückung von mindestens Teilen der Befreiungsbewegung ermöglichen soll und der Regierung die dazu nötigen Mittel verschaffen soll. Zum einen treibt die Regierung in großem Umfang die Privatisierung der Staatsbetriebe voran, die Einnahmen aus dem Verkauf des Stahlkonzerns ISCOR, der Hafen- und Eisenbahngesellschaft SATS und dem staatlichen Energiekonzern ESCOM fließen in den überschuldeten Staatshaushalt. Mit diesen Mitteln wird u.a. die Erhöhung des Rüstungshaushalts um 1,3% auf 10,07 Mrd. Rand finanziert. Südafrikas Regierung hat allen Ankündigungen zum Trotz, den Rüstungshaushalt zu senken, in diesem Jahr die weitere Ausdehnung und verstärkte Aufrüstung der Polizei und der Spezialtruppen zur „Terror“bekämpfung beschlossen. Die Siedlerregierung bereitet sich darauf vor, ein Blutbad unter Teilen des Befreiungskampfes anzurichten und so den gesamten Befreiungskampf zu spalten und zu vernichten. Die für Juni angekündigte Aufhebung der Ausnahme-gesetze wird wenig ändern, denn sie wird auf die jetzt unter Kriegsrecht stehenden Homelands nicht angewandt.

Keine der westlichen Regierungen hat protestiert gegen die Verhängung des Ausnahmezustands in fast allen sogenannten Homelands, gegen die Verhaftung von

tausenden Afrikanern in den letzten drei Monaten, die in heftigen Kämpfen für die Beseitigung der Homelands eintreten. Kaum bekannt ist in der Öffentlichkeit, daß zwar der Bann gegen ANC, AZAPO, BCM, PAC und andere Organisationen des Befreiungskampfes aufgehoben ist, daß aber ihre Publikationen, ihre Programme und Zeitungen immer noch ge-bannt sind.

Übereinstimmend erklären die Organisationen der afrikanistischen Strömung und der Black-Counsciousness-Bewegung, daß zur Zeit keine Befreiungsorganisation ein Mandat für Verhandlungen habe und Vertreter des ANC nur für sich selbst verhandeln könnten. AZAPO (Azanian Peoples Organisation), PAC (Pan Africanist Congress of Azania) und PAM (Pan Africanist Movement) erklären übereinstimmend, daß das Regime seine Verhandlungsbereitschaft belegen müsse, indem mindestens einige politische Grundpfeiler der Apartheid aufgehoben werden. Dazu gehören unabdingbar die Landesetze, auf deren Grundlage die afrikanischen Bauern enteignet wurden und zur Wanderarbeit gezwungen wurden. Diese Organisationen haben ihre Forderung nach Beibehaltung der bestehenden Sanktionen bekräftigt.

Quellenhinweis: Anti-Apartheid News April '90; SA Chronicle, 26.3.90; Fin. Times v. 21.5. — (uld)



Vom 20. bis 22. Mai besuchte der Chef des südafrikanischen Rassistenregimes, De Klerk, die Bundesrepublik. Nach Gesprächen mit westdeutschen Konzernvertretern traf De Klerk am 21. Mai in Bonn mit Kohl und von Weizsäcker zusammen (Bild). Am gleichen Tag demonstrierten mehrere hundert Leute in Bonn gegen De Klerk, gegen die von der Bundesregierung gewünschte weitere Lockerung der Sanktionen gegen das Siedlerregime und für einen Erfolg des Befreiungskampfes in Südafrika/Azania.

## Bündnis zur Bundestagswahl

Gegen Viertes Reich/Erklärung von linken Kommunisten

Am 19. Mai trafen sich in Stuttgart ein weiteres Mal linke, alternative Kommunalwahlbündnisse aus Baden-Württemberg zur Diskussion einer linken Kandidatur zu den Bundestagswahlen; die Anwesenden erklärten ihre Bereitschaft, in einem linken Wahlbündnis mit einer Landesliste anzutreten. Einigkeit bestand auch darin, daß die Bündnispolitik im Hinblick auf gesamtdeutsche Wahlen vorangetrieben werden muß. Anwesend waren etwa zwanzig Leute aus den Orten Stuttgart, Heilbronn, Wiesloch, Weinheim, Freiburg, Karlsruhe und Konstanz; aus den Organisationen BWK, DKP, MLPD, Volksfront, VVN/BdA und VSP. Als Gäste waren weiter anwesend zwei Genossen des Präsidiums der PDS Dresden. Folgende Erklärung wurde beschlossen:

„1. Angesichts des vom Kapital und seiner Bundesregierung betriebenen Einverleibungsprozesses der DDR unter kapitalistischen Vorzeichen halten wir das Eingreifen einer antikapitalistischen und demokratischen Alternative in die Bundestagswahlen für dringend notwendig. Grundlage unseres aktiven Eingreifens in den Anschlußprozeß könnten unter anderem sein:

Widerstand gegen ein Viertes Reich — gegen großdeutsche imperialistische Anschlußpolitik! Verbindliche Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze als Friedensgrenze! Weg mit dem Artikel 23 Grundgesetz — Streichung der Präambel des GG! Entmilitarisierung! Sicherung des in der DDR bestehenden eigenbestimmten Rechts auf Schwan-

gerschaftsabbruch — Streichung des § 218! Verbot von faschistischen Organisationen! Verbot der Diskriminierung von Minderheiten! Ausländerwahlrecht! Streichung der Notstandsgesetze! Weg mit dem KPD-Verbot! Verteidigung der sozialen Errungenschaft, wie z.B. des Rechts auf Wohnung zu sozial tragbaren Mieten und eine flächendeckende Versorgung mit Einrichtungen zur Kinderbetreuung! Für gesellschaftlichen Besitz an Grund und Boden und wesentlichen Industriebereichen! Kostenlose, allgemeine und gleiche Bildung!

2. Ein wesentlicher Teil der Großdeutschlandpolitik der Bundesregierung ist der Versuch, schnellstmöglich unter Umgehung der Bundestagswahl gesamtdeutsche Wahlen durchzuführen. Gerade im Hinblick darauf gewinnt das Zusammengehen der Linkskräfte auch bei Wahlen zusätzliches Gewicht. Die Orientierung auf ein Wahlbündnis sollte deshalb auch alle Linkskräfte in der DDR einbeziehen, einschließlich der PDS.

3. Wir wenden uns an alle linken Kräfte, namentlich an die Wülfrather Konferenz der DKP und den Parteivorstand der PDS, sich aktiv für das Zustandekommen eines solchen Bündnisses einzusetzen. Wir halten es für notwendig, möglichst frühzeitig (im September) einen Kongreß einzuberufen, der sich mit dieser Problematik beschäftigt und zu dem möglichst breit eingeladen werden soll.“

Punkt 1 und 3 wurden bei Enthaltung, Punkt 2 gegen die Stimme des Vertreters der MLPD beschlossen. — (alk)

## „Langer Marsch“ gegen Kurdenprozeß in Düsseldorf



Am 19. Mai begannen 130 Kurdinnen und Kurden in Bielefeld (Bild) einen Propagandamarsch gegen den Kurdenprozeß vor dem OLG Düsseldorf. Der Marsch führt von Bielefeld über Gü-

tersloh, Beckum, Hamm, Dortmund, Bochum, Essen, Mülheim, Duisburg nach Düsseldorf. Am 29. Mai soll der Marsch vor dem Landgericht enden. — (stb)

Postvertriebsstück G 7756 D  
Gebühr bezahlt

### Nach 2 1/2 Jahren Haft: Ingrid Strobl freigelassen!

Sie war am 9. Juni 1989 wegen Unterstützung einer terroristischen Vereinigung zu fünf Jahren Haft verurteilt worden. Sowohl das Urteil wie auch der Prozeß hatten breite Proteste hervorgerufen. Jetzt wurde das Urteil vom Bundesgerichtshof aufgehoben und ein neuer Prozeß angesetzt. Ingrid kam unter Auflagen frei. Seinerzeit hatte sich eine breite Solidaritätsbewegung mit Ingrid und auch mit Ulla Penslin entwickelt. Beide hatten offensiv Gentechnologie, imperialistische Bevölkerungspolitik, Sextourismus usw. angegriffen — laut Bundesanwaltschaft „anschlagsrelevante Themen“. — (chh/chl)

### SPD gegen Diestel (DSU): Wer ist der bessere Stasi-Jäger?

Die (BRD)-SPD und die SPD der DDR verlangen — unterstützt von Bonner CSU-Vertretern — den Rücktritt von DDR-Innenminister Diestel (DSU). Anlaß war dessen Ankündigung, den ehemaligen DDR-Geheimdienstchef Wolf um Rat bei der Auflösung des Stasi zu bitten, und die Meldung, sein Ministerium beschäftige noch 2350 der 100000

„Stasis“. SPD-MdB Penner meinte, Diestel mache sich der „Strafvereitelung“ schuldig — schließlich ist in der BRD der Haftbefehl gegen Wolf wegen „Spionage“ weiter in Kraft. Noch bevor die Annektion der DDR vollzogen ist und an die Vollstreckung der zahlreichen BRD-Haftbefehle gegen SED-Funktionäre geschritten werden kann, hat die Konkurrenz zwischen SPD, DSU und CSU, wer die SED am härtesten verfolgt, begonnen. — (rül)

### BVerfG stärkt Weisungsrecht des Bundes gegenüber Ländern

Im Verfahrensstreit um das Genehmigungsverfahren für den Schnellen Brüter in Kalkar hat das Bundesverfassungsgericht das Weisungsrecht des Bundes gegenüber den Ländern klargestellt. Damit bestätigt das Gericht die Bundesregierung, die NRW untersagt hatte, nach Tschernobyl das Sicherheitskonzept des Schnellen Brüters in einem eigenen Gutachten erneut zu überprüfen. Das Urteil hat weitreichende Folgen. Der Zentralstaat verleiht sich tendenziell die im Grundgesetz noch festgeschrieben staatlichen Befugnisse der Bundesländer ein. Als „Signal zur Verankerung von Großtechnologie“ be-

zeichnet die „Welt“ (23.5.) das Urteil. In der Tat erleichtert es den Konzernen, ihre privaten Wirtschaftsinteressen, bei denen Rieseninvestitionen auf dem Spiel stehen und Hunderttausende betroffen sind, mithilfe der zentralisierten Staatsgewalt durchzusetzen. — (scc)

### Türkei: Hungerstreik politischer Gefangener

In der Türkei sind acht politische Gefangene im Gefängnis Canakkale am 16. Mai in einen unbefristeten Hungerstreik getreten. Unter den Hungerstreikenden sind mehrere Chefredakteure von linken Zeitungen. Sie protestieren gegen „die gesetzlichen Restriktionen der Meinungs- und Pressefreiheit“, die die türkische Regierung mit ihrem Dekret Nr. 413 verhängt hat, und fordern die Aufhebung der §§ 141, 142 und 163 des türkischen Strafgesetzbuches, die u.a. „kommunistische, separatistische Umtriebe“ verfolgen. Das Dekret Nr. 413 bedroht Berichterstattung über den Aufstand in den kurdischen Gebieten mit hohen Strafen. Seit Verabschiedung des Dekrets können viele linke Zeitungen nicht mehr erscheinen, weil ihnen große Druckereien auf Intervention der Regierung den Druck verweigern. — (dos)

### Ablösung Schönhubers als Parteichef gefordert

Nach den mageren Resultaten der Republikaner bei den Landtagswahlen in Niedersachsen (1,5%) und NRW (1,8%) ist bei den Reps offensichtlich eine Personaldebatte entbrannt. Schönhuber kündigte an, gegen den bisherigen Landesvorsitzenden Harald Neubauer, früherer NPD- und DVU-Aktivist, für den Parteivorsitz in Bayern zu kandidieren. Es gelte, „jene Kräfte zu bekämpfen, die sich von ihrer extremistischen Vergangenheit weder politisch noch geistig gelöst haben.“ Immer häufiger mußte sich Schönhuber in letzter Zeit Kritik gefallen lassen an seinem „egomanischen“ Führungsstil. Neubauer, der selbst Ambitionen auf das Amt des Bundesvorsitzenden hat, stichelte, „er werde alles tun, um den bayrischen Republikanern zu ersparen, was bereits in NRW und Niedersachsen zu den bekannten Ergebnissen geführt hat.“ Unterliegt Schönhuber bei der Vorsitzendenwahl in Bayern, wird er sich — so wird spekuliert — beim Bundesparteitag eventuell darauf zurückziehen, er habe den Kampf gegen die Rechtsextremen verloren und tritt auch nicht mehr für den Parteivorsitz an. — (u.b.)

## Aktuell in Bonn

## Giftgas-kundiger Besuch

Vom 15. bis 17. Mai war der Vorsitzende der türkischen „Sozialdemokratischen Volkspartei“ (SHP), Erdal İnönü, in Bonn zu Gast. İnönü traf u.a. mit Außenminister Genscher, AA-Staatsministerin Adam-Schwaetzer und SPD-Chef Vogel zusammen. Die Abgeordnete der Grünen Angelika Beer forderte in einer Presseerklärung İnönüs Gastgeber auf, Berichten über türkische Giftgaseinsätze gegen kurdische Guerillas nachzugehen. İnönü selber seien kürzlich in Kurdistan Hinweise auf solche Giftgaseinsätze übergeben worden, er verschweige dies aber, um nicht die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit auf den kurdischen Befreiungskampf zu lenken.

## Kriminalstatistik

Am 17. Mai legte Innenminister Schäuble (CDU) seinen Bericht zur Kriminalstatistik 1989 vor, für den er sich auf die Angaben der Innenminister der Länder stützte. Bei den globalen Zahlen gab es keine Änderung gegenüber dem Vorjahr. Schäuble betonte absichtsvoll den Anstieg von Rauschgiftkriminalität, insbesondere der Zahl aufgeklärter Beschaffungskriminalität Süchtiger. Man dürfe in den Anstrengungen zur Bekämpfung der Kriminalität „nicht nachlassen“. Die Zahl „nichtdeutscher Tatverdächtiger“ ist gestiegen — aber nur wegen Verstößen gegen die gegen sie gerichteten Sondergesetze wie die Ausländergesetze und das Asylverfahrensgesetz. Die Zahl dieser „Straftaten“ stieg gegenüber dem Vorjahr 1988 um 26,4 Prozent auf 93 500 Fälle.

## Keine Waffenexport-Übersicht

Anfang Mai hat der Wirtschaftsausschuß des Bundestages einen Antrag der Grünen auf vollständige Veröffentlichung westdeutscher Waffenexporte abgelehnt. Die Grünen hatten verlangt, eine detaillierte Übersicht über alle seit 1980 genehmigten Waffenexporte zu veröffentlichen, bei denen der Einzelwert des Auftrags 20 000 DM überschritten habe. CDU/CSU und FDP lehnten den Antrag ab: Damit könnten Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse der Exportfirmen beeinträchtigt werden. Den Hinweis der Grünen, die USA würden die geforderte Übersicht schon länger veröffentlichen, ließen sie nicht gelten: In den USA bestünden „andere Voraussetzungen“. (Bundestags-Drucksache 11/7053)

## „Soldaten-Urteil“: Disziplinarstrafen

In einer Antwort auf eine Anfrage der SPD hat die Bundesregierung bestätigt (Drucksache 11/7068), daß das Verteidigungsministerium Ende November disziplinarisch gegen Soldaten und Offiziere vorgegangen ist, die das „Soldaten-Urteil“ des Landgerichts Frankfurt („Soldaten sind potentielle Mörder“) verteidigt hatten. So hatten am 7. November 1989 21 Berufs- und Zeitsoldaten des „Darmstädter Signals“ in einer

öffentlichen Erklärung das Urteil begrüßt. Gegen mehrere von ihnen wurden auf direkte Weisung von Verteidigungsminister Stoltenberg disziplinarische Maßnahmen (Geldbuße, strenger Verweis u.ä.) verhängt.

## Kein Waffenproduktions-Verbot

Die Grünen haben im Bundestag beantragt, MBB die Erlaubnis zur Kriegswaffenproduktion zu entziehen. Der Antrag stütze sich auf die §§ 6 und 7 des Kriegswaffenkontrollgesetzes. Danach sind Produktion und Export von Kriegswaffen genehmigungspflichtig — eine bemerkenswerte Einschränkung der Gewerbefreiheit, die allerdings nur durch Bundesorgane verhängt werden kann. Die Grünen verlangten, MBB diese Erlaubnis zu entziehen, da das Unternehmen mehrfach gegen Exportverbote verstoßen habe. CDU/CSU und FDP lehnten den Antrag Anfang Mai ab.

## BRD vor EG-Kadi

Die EG-Kommission hat der Bundesregierung eine Frist von einigen Wochen gesetzt und sie aufgefordert, die Straßennutzungsgebühr für LKWs ab Juli dieses Jahres zurückzunehmen oder EG-Normen anzupassen. Diese Gebühr stelle eine „gezielte Diskriminierung“ ausländischer Fuhrunternehmer dar. In der Tat gibt es für Bundesdeutsche eine Kompensation über eine entsprechende Verringerung der Kfz-Steuer. Wenn die BRD-Regierung der Aufforderung nicht nachkommt, will die EG-Kommission sie vor dem Europäischen Gerichtshof verklagen.

## Ein offenes Wort

Den 17. Juni will Bundestagspräsidentin Rita Süsmuth (CDU) zu einer „deutsch-deutschen Gedenkveranstaltung“ in Berlin-DDR nutzen und hat die DDR aufgefordert, hierzu Vorschläge zu machen. Lebende Zeugen von 1953 seien erwünscht. Da sie gerne erste gesamtdeutsche Parlamentspräsidentin werden wolle, müßten gesamtdeutsche Wahlen „so schnell wie möglich stattfinden“, denn dafür sei der Ausgang der Wahlen entscheidend.

## Was kommt demnächst?

Am 23.5. berät der Bundestag in erster Lesung über den Staatsvertrag zwischen DDR und BRD. Am 25.5. ist Genscher erneut in Washington, um mit den USA über die „2 + 4“-Gespräche zu beraten. Am 29. Mai beginnt in den USA das nächste Treffen Bush-Gorbatschow. Am 21. Juni will die Bundesregierung den Staatsvertrag in zweiter Lesung im Bundestag verabschieden lassen, am 22. Juni soll dann die Verabschiedung im Bundesrat folgen. Anfang Juli treffen wahrscheinlich in London die Außen- und Verteidigungsminister der NATO zusammen, kurz danach in der gleichen Stadt die Staats- und Regierungschefs der Allianz, um über die künftige NATO-Strategie zu beraten.

## Abschluß Bemessungstarifvertrag Post

Ausreichender Schutz vor krankmachenden Arbeitsbedingungen tritt noch nicht ein

In der 3. Verhandlungsrunde wurde der Bemessungstarifvertrag für die Postbeschäftigten abgeschlossen. Die Deutsche Postgewerkschaft wollte mit einem Bemessungstarifvertrag gegen die krankmachenden Arbeitsbedingungen bei der Post vorgehen. Der Krankenstand ist in den letzten Jahren rapide angestiegen. Sind bei der Post 1982 und 1983 jeweils etwa 12 Mio. Krankentage (6,64%) angefallen, so stieg diese Rate kontinuierlich auf 14,15 Mio. Krankentage (7,70%) für 1988 an. Trotz Krankenverfolgungsverfügung und gezielten Maßnahmen des Bundespostministeriums (BPM), die Beschäftigten einzuschüchtern, ist im Durchschnitt der ersten Monate 1989 der Krankenstand auf über 9,5% gestiegen.

Die immer größere Arbeitshetze führte zu einem Anstieg der Dienst- und Arbeitsunfälle. Von 1980-1987 ist die Zahl der dadurch ausgefallenen Arbeitstage pro Jahr von 340 126 auf 441 170 gestiegen.

Aufgrund von Berufs- bzw. Erwerbsunfähigkeit erreichen rund 70% der beamteten Beschäftigten nicht die gesetzliche Altersgrenze. Bei den Tarifkräften sieht es etwa ähnlich aus.

Anfang 1989 setzte die DPG die Durchsetzung eines Bemessungstarifvertrages auf die Tagesordnung. Die Erfahrungen mit der Personalpolitik des BPM und nun die privatwirtschaftliche Ausrichtung der neu gegründeten drei Postunternehmen ließen wohl ahnen, daß eine noch rigorosere Personalkürzungspolitik zu erwarten war. In Fort-

setzung der Kürzungspolitik und als Vorschub für die Vorstände der drei Postunternehmen wurden zum 1.4.89 — gerade zu Beginn der Wochenarbeitszeitverkürzung — vom BPM die Zeitansätze in der Personalbemessung für Erhol-, Verteil- und Nebenzeiten in einem ersten Schritt um jeweils 0,5% gekürzt. In einem zweiten Schritt ab 1993 sollten nochmals 0,5% der Zeitansätze gestrichen werden und als Ergebnis dann feststehen, daß die Erholzeiten von 7% (30 min pro 8-Stunden-Tag) auf 6%, die Zeit für persönliche Bedürfnisse von 5% (20 min) auf 4% und die Kürzung für sachliche Verteilzeit von 3% (12 min) auf 2% zusammengezogen wurden.

Der Bemessungstarifvertrag sollte, so die DPG, dem einseitigen Direktionsrecht des Arbeitgebers Grenzen setzen und so die Beschäftigten vor Überbelastung schützen. Die Forderungen sahen so aus:

- \* Die zulässige Belastung des Personals bei der Arbeiterledigung wird durch Bemessungsvorgaben tarifvertraglich vereinbart, dazu gehören:
- \* Pro Arbeitsstunde mindestens sechs Minuten zur Erholung;
- \* pro Arbeitsstunde mindestens vier Minuten für persönliche Bedürfnisse;
- \* Nebenzeiten in angemessener Höhe und
- \* personengebundene Zeitzuschläge zum Ausgleich für in ihrer Leistungsfähigkeit geminderte Beschäftigte.

In der anfänglichen Diskussion und Mobilisierung war noch die Rede von

Bemessungswerten. In der Phase, als es dann um die Durchsetzung und auf einen Arbeitskampf hinauslief, war davon nichts mehr zu hören. Diese Einschränkung wirkte sich aber nicht negativ auf die Mobilisierung der Beschäftigten für die Warnstreiks aus.

Der Abschluß wird von der Gewerkschaft, gemessen an den Forderungen, als nicht zufriedenstellendes, aber doch wichtiges Ergebnis eingestuft. Tarifvertraglich abgesichert erhalten alle Tarifkräfte — für die Beamten soll dieses Ergebnis übernommen werden — ab 1. August 1990 in jeder Arbeitsstunde 6 Minuten und 20 Sekunden Erhol- (4 min 10 sek) und Verteilzeiten (2 min und 10 sek). 75% der Erholzeiten sollen zu Kurzpausen zusammengefaßt und im Dienstplan ausgewiesen werden. Für Arbeiten mit besonderen Belastungen wird zusätzlich ein erhöhter Zeitzuschlag von 2% gewährt. Für Beschäftigte, die in ihrer Leistungsfähigkeit gemindert sind, konnte die bisherige Regelung der personengebundenen Zeitzuschläge von 10% der Wochenarbeitszeit der Kraft tarifvertraglich abgesichert werden. Dieser Tarifvertrag gilt für drei Jahre.

W. Bender, Verhandlungsführer der Postunternehmen, sieht in dem Tarifabschluß ein „maßvolles Ergebnis“, mit dem die drei Postunternehmen leben könnten. So sollen die Leistungsanforderungen nicht erhöht werden und zusätzlich Leute eingestellt werden. K. Zumwinkel, Vorstandsvorsitzender der DBP Postdienst, kommentierte: „Wir haben materiell keine Zugeständnisse gemacht...“

Dieser Tarifabschluß kostet die Post etwa 100 Mio. DM und bringt den Beschäftigten im Gegensatz zu den jetzigen Festlegungen eine Erhöhung der Erholungs- und Verteilzeiten von 20 Sekunden. Dieser Abschluß ist weit von dem gesteckten Ziel entfernt, somit wird die Post weiterhin die Leute krank und kaputt machen. Deshalb stößt der Abschluß bei den Beschäftigten auch eher auf Unverständnis. Denn nach den zahlreichen erfolgten Warnstreiks und der Kampfbereitschaft wäre mehr drin gewesen.

Positiv ist einzig zu bewerten, daß mit diesem Tarifvertrag erstmalig, was auch von Seiten der DPG betont wird, ein bundesweiter tariflicher Einstieg auf dem Gebiet der Leistungsnormen erreicht werden konnte. Dieser Abschluß kann eine Signalwirkung für andere Bereiche haben. Neben Lohn/Gehalt und Arbeitszeit sollte, um gegen die Vernutzung der Arbeitskraft Grenzen setzen zu können, das Feld der Leistungsnormen verstärkt gewerkschaftliches Aufgabengebiet sein.

Quellen: Verschiedene Ausgaben der Deutschen Post und VI-Info; Mitarbeiterbrief für die Beschäftigten der DBP; Handelsblatt 14.5.90; Die Welt 14.5.90. — (sip)



Für die Durchsetzung des Bemessungstarifvertrages legten die Tarifkräfte bei den Warnstreiks meist geschlossen die Arbeit nieder. (Bild: Hamburg)



## BRD will EG-Polizei und rüstet Bundespolizei auf

Innenminister nimmt Grenzabbau zum Vorwand für Ausbau der Kontrolle im Inneren

Im Zuge der Errichtung des EG-Binnenmarktes nehmen die Bestrebungen zu, eine zentrale EG-Polizei mit Exekutivbefugnissen über die nationalen Grenzen hinaus zu

schaffen. Hauptbetreiber der EG-Polizei, von den Konzernen gefordert zur Kontrolle des EG-Arbeitsmarktes und Niederhaltung oppositioneller Bewegungen, ist die BRD.

Als Vorwand für eine EG-Polizei dient der Abbau der „inneren“ Grenzkontrollen. Parallel zu einschneidenden Maßnahmen wie der Errichtung eines EG-Zentralbüros, das den Informationsfluß in Sachen „Terrorismusbekämpfung“, internationaler Drogenhandel, „Einwanderungs- und Asylbewegungen“ organisiert, und der Einrichtung des ersten grenzübergreifenden Fahndungsnetzwerkes in Europa (sog. Schengen-Informationssystem SIS — I) versucht die Bundesregierung, den Bundesgrenzschutz in seiner Funktion als Bundespolizei auszubauen.

Als wesentliche Zielrichtung des BGS-Ausbaus ist erstens die Kontrolle über die Verkehrsverbindungen zu erkennen. Es scheint sicher, daß die Bahnpolizei (2 800 Mann stark) und der bahnpolizeiliche Fahndungsdienst (220 Mann) in den Bundesgrenzschutz integriert werden. Bei dem Versuch, die Kontrolle zumindest über die großen Flughäfen vollständig dem BGS zu unterstellen, meldet das Bundesinnenministerium abnehmenden Widerstand der Länder. (2) Bisher oblag diese Funktion

je zur Hälfte den Länderpolizeien und dem BGS. Desweiteren betreibt das Innenministerium die Einrichtung eines See-BGS-Amtes und die Übernahme der grenzpolizeilichen Personenkontrolle der Hamburger und Bremer Wasserpolizei, stößt hier aber auf kategorischen Widerspruch der beiden Bundesländer. (3) Bestrebungen, etwa auch die Autobahnpolizei in den BGS zu integrieren, wurden bisher nicht bekannt.

Die bei einer Bundespolizei zentralisierte Kontrolle über die Verkehrsverbindungen würde dem Zentralstaat ermöglichen, die bisher an den Grenzen durchgeführten Personenkontrollen an jeden beliebigen Punkt im Innern zu verlegen. Dabei ist ein Gesichtspunkt besonders wichtig, gerade im Zusammenhang des neuen Ausländergesetzes. Die Grenzkontrollen sind bei genauem Hinsehen ein Instrument der Ausländerpolitik: 1988 wurden lt. Tätigkeitsbericht des BGS an allen bundesdeutschen Grenzübergängen insgesamt 123 875 Ausländer zurückgewiesen; zusätzlich wurden 31 290 Menschen aus paß- und ausländerrechtlichen Bestimmungen

„aufgegriffen“. (4) Die Verlegung der Grenzkontrollen ins Innere verstärkt, so ist zu befürchten, gerade für die ausländische Arbeiterbevölkerung die polizeiliche Unterdrückung.

Zweitens soll der BGS in seiner Rolle als Einsatzreserve für polizeiliche Großsätze gestärkt werden. Der Inspekteur des BGS tritt dafür ein, die Zuschüsse des Bundes für die Bereitschaftspolizeien der Länder zu kürzen und stattdessen den BGS kostenlos zur Verfügung zu stellen. (2) Es ist zu vermuten, daß die diesbezüglichen Bestrebungen vor allem auch im Hinblick auf die Annexion der DDR verstärkt werden — die Niederschlagung von Klassenkämpfen in den annektierten Gebieten werden die Konzerne nicht womöglich „unsicheren“ Länderregierungen und -polizeien überlassen wollen.

Drittens soll der BGS den Kern der grenzüberschreitenden EG-Polizei stellen. (2)

Quellenhinweis: (1) NiD 11/90, Die BRD will eine EG-Polizei; (2) FAZ, 7.2.90; (3) Welt, 30.5.89; (4) Kritische Justiz 1/90, S. 2. — (scc)

## Sozialhilfe drückt weiter auf Löhne

Weniger für Arme: Finanzminister manipulieren Statistik

Zum 1. Juli tritt eine Regelung der Sozialhilfe in Kraft, die es den Ländern künftig erlauben wird, die Unterstützung an Arme unabhängig von festen Mindeststandards festzusetzen. Die Sozialhilfe ist als Druckmittel der Armut gegen Lohnabhängige gedacht (wegen sie jetzt ja auch in die DDR exportiert werden soll). Diejenigen, die kein oder ein zu geringes Einkommen aus Arbeit oder Versicherungen beziehen, haben keine Ansprüche, das Gesetz verspricht nur Hilfe für ein „menschenswürdiges Leben“. Bislang war diese Hilfe beschrieben durch einen Warenkorb, Güter und Dienstleistungen also, für die die Behörden Armen Geld zubilligten; weitere Posten, vor allem Mieten, zahlen die Sozialämter direkt. Dieses Verfahren bot immerhin die Möglichkeit, politisch darüber zu streiten, ob die Behörden mit zugestandenem halben Paar Socken pro Monat nicht zu kleinlich sind.

Das neue Verfahren, das Statistikmodell, sieht vor, die Regelsätze der Sozialhilfe aus der Verbrauchsentwicklung der untersten Einkommensgruppen abzuleiten. Das Verfahren schien der Bourgeoisie verlockend: Sind genügend Leute in ihrem Lohn gedrückt, sinken damit in der Folge Rentenzahlungen

usw., so bildet die Sozialhilfe keine Untergrenze mehr, sondern sinkt automatisch angepaßt mit.

Dennoch blieb das Vorhaben über Jahre liegen, weil die Finanzminister der Länder einen absoluten und im Verhältnis zu den Lohneinkommen deutlichen relativen Anstieg bei den Sozialhilfeleistungen befürchteten. Der wesentliche Grund: Die Verbrauchsgüter, die im Konsum der untersten Einkommensgruppen eine wesentliche Rolle spielen, sind verhältnismäßig teurer geworden. Der Preisindex für diese Haushalte ist seit 1983 stärker gestiegen als der Index der Lebenshaltung aller Haushalte. Die Finanzminister haben nun beschlossen, für die Neuberechnung der Sozialhilfe zwar den Verbrauch der armen Haushalte von 1983 zugrunde zu legen, ihn aber mit dem niedrigeren durchschnittlichen Preisindex hochzurechnen; auch die jährliche Fortschreibung soll mit dem geringeren Preisanstieg bei der Lebenshaltung aller Haushalte fortgeschrieben werden. Damit scheint den Ministern vorläufig gesichert, daß die Lebenshaltung der Armen im Verhältnis zu den Löhnen weiter gedrückt werden kann.

Quelle: Nachrichtendienst des Dtsch. Vereins für öff. und priv. Fürsorge 1/1990 — (mlk)



## Niedersachsen: CDU/FDP-Wahlniederlage

Ob sich eine SPD/Grüne-Koalition bildet und für welche Politik diese eintritt, ist noch offen

Die Niederlage der CDU/FDP-Landesregierung in Niedersachsen bei gleichzeitiger erneuter SPD-Mehrheit in Nordrhein-Westfalen führt erstmals seit 1949 zu einer Mehrheit der SPD-geführten Landesregierungen in der Länderkammer. Manches Gesetz der CDU/CSU-FDP-Bundesregierung könnte durch fehlende Bundesratsmehrheit behindert werden. So auch die Verabschiedung des Staats-

(streich)vertrages zum Anschluß der DDR, der am 22.6.90 dem Bundesrat vorliegen wird. Ob bis zum 21.6. die Bildung einer SPD/Grünen-Landesregierung in Niedersachsen zustandekommt und ob sich diese zusammen mit den anderen SPD-regierten Ländern gegen den Staatsvertrag und gegen einen schnellen Anschluß der DDR nach Artikel 23 Grundgesetz stellt, ist noch unsicher.

Bei einer auf den bisher tiefsten Stand seit 1949 von knapp unter 75 Prozent gesunkenen Wahlbeteiligung erhielt die SPD 44,2% (42,1% bei der Landtagswahl 1986), die CDU 42,0% (44,3%), die FDP 6,0% (6,0%) und die Grünen 5,5% (7,1%). Daraus ergibt sich eine Sitzverteilung von SPD 71 (66), CDU 67 (69), FDP 9 (9) und Grüne 8 (11).

„Kleine Veränderungen im Wahlverhalten verursachten große Wirkungen“, bewertet das Infas-Institut in Bonn den Ausgang der beiden Landtagswahlen in Niedersachsen und NRW. Tatsächlich ist die erfreuliche Niederlage der von Ernst Albrecht geführten CDU/FDP-Landesregierung — mit allerdings immer noch 48 Prozent Stimmenanteilen — weniger dem Vorhandensein einer gestärkten Widerstandsfront gegen ihre reaktionäre, arbeiterfeindliche Politik geschuldet, als vielmehr der mangelnden Mobilisierung ihres Wählerklientels (minus 65000 Stimmen Verlust an die Nichtwähler, das sind ca. 1,5% der abgegebenen Stimmen) sowie den Verlusten an das breite Organisationsspektrum rechter, faschistischer Parteien, die über 2 Prozent der Stimmen erhielten.

Eine Neuformierung der Landes-CDU steht an, insbesondere auch im personellen Bereich und ohne die Führungstroika aus dem Landtagswahlkampf: Ernst Albrecht — mit 14 Jahren dienstältester (noch) Ministerpräsident — will sich „aus der Politik zurückziehen“; Rita Süßmuth geht auch nicht in die Opposition nach Hannover, sondern bleibt als Bundestagspräsidentin in Bonn, ist allerdings am vergangenen Wochenende ohne Gegenstimme als Spitzenkandidatin der CDU-Landesliste zu den Bundestagswahlen nominiert worden; Wilfried Hasselmann mit seinen für die Landes-CDU wichtigen Verbindungen ins rechtskonservative Lager steht nicht mehr für den CDU-Landesvorsitz zur Verfügung. Die in breiter Phalanx angetretenen rechten, faschistischen Organisationen erhielten zusammen fast 100000 Stimmen, davon allein die Republikaner

62000 oder 1,5%, was ihnen aufgrund von mehr als 1,25% der Stimmen eine Wahlkampfkostenerstattung von etwa einer halben Million DM aus Steuergeldern für den faschistischen Formierungsprozeß einbringt.

Die FDP stellt jetzt nach 8 Jahren Unterbrechung wieder die drittstärkste Landtagsfraktion. Die SPD hat sich in nicht unbeträchtlicher Weise aus grünem Wählerpotential stärken können. Gegenüber der Landtagswahl 1986 haben die Grünen fast jeden vierten Wähler verloren (von 303308 Stimmen in 1986 auf 230016 Stimmen in 1990). Starke Verluste in Richtung SPD mußten sie in den Universitätsstädten Göttingen und Oldenburg sowie im Bremer Umland hinnehmen (minus 3,3% in Göttingen auf jetzt 16,1%; minus 3,7% in Göttingen-Land auf 8,4%; minus 3,2% in Oldenburg-Süd auf 11,7%; minus 3,5% in Oldenburg-Nord auf 8,6%; minus 3,9% im Wahlkreis Wesermünde auf 5,8%). Die SPD verzeichnete dort Zugewinne — von bis zu 5,3% in Göttingen —, während die FDP in allen genannten Wahlkreisen stabil blieb, zum Teil etwas dazugewann.

Entsprechend stehen die Grünen bei den Koalitionsverhandlungen mit der SPD unter starkem Druck. Noch keineswegs sicher ist, ob eine Koalition von SPD und Grünen überhaupt zustandekommt, und wenn ja, unter welchen Bedingungen und was sie nützt. Die SPD umwirbt schamlos die FDP, obwohl sich diese bereits frühzeitig nach Bekanntwerden des Wahlergebnisses gegen eine Koalition mit der SPD ausgesprochen hat. Mit seinem klugen Schachzug, die parteilose Greenpeace-Aktivistin Monika Griefahn bereits lange vor der Wahl für das Umweltministerium zu benennen, hat Schröder die Grüne Partei in ihrer Domäne vorerst aus der Initiative gebracht. Nach Presseberichten haben sich die Grünen auf ihrer Landesdelegiertenkonferenz am vergangenen Wochenende in Wallenhorst bei Osnabrück mit großer Mehrheit für einen schnellen Regierungswechsel zusammen mit der SPD ausge-

sprochen, um eine ökologische und soziale Wende in Niedersachsen einzuleiten. Mindestanforderungen an eine Koalition mit der SPD haben die Grünen nicht gestellt. Allerdings äußerte der bisherige Fraktionsvorsitzende der Grünen im Landtag Trittin bereits kurz nach der Wahl, daß es Konflikte mit der SPD wohl geben werde, wenn die Arbeiten für das Endlager in Gorleben nicht sofort eingestellt werden, wenn die SPD für die Atommülldeponie im Schacht Konrad bei Salzgitter eintrete und der Giftmüllverbrennung das Wort rede. Die Grünen fordern die Abschaffung des Verfassungsschutzes und von

Teilen der niedersächsischen Polizei (Sondereinheiten).

Bereits einen Tag nach der Landtagswahl hat der Vorsitzende des ÖTV-Bzirks Niedersachsen Fricke verlangt, daß unverzüglich nach der Regierungsbildung mit der Neufassung des Personalvertretungsrechts begonnen und der versprochene Personalausgleich für die Arbeitszeitverkürzung durch Neueinstellungen durchgesetzt werden müsse.

Anfang Januar 1990 hatte der SPD-Landesvorsitzende Bruns ein 10 Punkte umfassendes „Dringlichkeitsprogramm“ vorgelegt, daß von einer SPD-geführten Landesregierung nach den Wahlen „abgearbeitet werden“ solle. Es beinhaltet neben Punkten wie Modernisierung der Wirtschaft/Neugestaltung der Wirtschaftsförderung — bei denen der Widerstand der Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung geradezu vorprogrammiert ist und auch nach SPD-Aussagen „Konflikte mit den Gewerkschaften“ nicht gescheut werden dürfen — Dinge, die sich auf die Forderungs- und Anspruchsbildung aus Gewerkschaften, Verbänden und Initiativen beziehen und Anknüpfungspunkte bieten: ein neues Abfallwirtschaftsgesetz, die Lernmittelfreiheit, ein Kindergartengesetz, die

Stärkung der bäuerlichen Landwirtschaft, ein Programm für den sozialen Wohnungsbau sowie den Abbau des Unterrichtsausfalls durch Neueinstellungen von Lehrern.

Zu den Landtagswahlen hatte ein politisches Programm mit Forderungen, wie sie die Antifaschistische Konferenz Niedersachsen im Januar beschlossen hatte und für die auch Volksfront und BWK in gemeinsamen Publikationen zu den Landtagswahlen eintraten, nicht zur Wahl gestanden, weil sich keine repräsentativen linken Kräfte zur Kandidatur zusammengefunden hatten: gegen faschistische Parteibildung und für Verbot, für Ausländerwahlrecht, für Anerkennung der DDR und der Kriegsgrenzen, für soziale Mindeststandards hinsichtlich Arbeitszeit, Löhnen, Renten, Sozialhilfe. Diese politische Aufgabenstellung besteht weiterhin. Inwieweit eine mögliche Koalition von SPD und Grünen z.B. die Förderung von revanchistischen Verbänden, Einrichtungen und Veranstaltungen durch das Land Niedersachsen beendet und die Tolerierung der faschistischen Parteibildung einstellt, bleibt abzuwarten. — (mio)



Die Wahlveranstaltungen der Niedersachsen-CDU wurden häufig genutzt, um Kritik an der Politik der CDU/FDP-Landesregierung zu führen. Bild: Osterholz-Scharmbeck. Foto: Carlos

## NRW: REP abgeschlagen, Grüne im Landtag

Die Politik der Landesregierung wird sich stärker an Konzerninteressen orientieren

„Dieser Wahlsonntag ist für die Regierung Kohl, die seit Wochen im Dauerstreß in Sachen Deutschland steht, mehr als eine kalte Dusche“, heißt es in einem Kommentar der Zeitung „Die Welt“ zum Ausgang der Landtagswahlen am 13.5.1990. In Nordrhein-Westfalen hat die CDU mit 36,7% der Stimmen ihr zweitschlechtestes Landtagswahlergebnis seit 1949 erzielt, ganze 0,2% mehr als bei den letzten Landtagswahlen 1985. Die FDP mußte in der gleichen Höhe Stimmenverluste hinnehmen. Sie lag mit 5,8% 0,2% unter ihrem Ergebnis von 1985. Die SPD konnte dagegen trotz Stimmenverlusten mit 50% ihre absolute Mehrheit halten. Sie wird in NRW in der dritten Wahlperiode hintereinander allein regieren.

Die erfreulichsten Seiten des Landtagswahlergebnisses liegen jedoch woanders: Gegenüber den Europawahlen 1989 haben die REP in NRW 157000 Stimmen verloren und erhielten mit 1,8% (171734 Stimmen) weniger, als viele erwartet haben. Damit hat die Sammlungspartei des faschistischen Lagers den Einzug in den Landtag deutlich verfehlt. Gleichzeitig sind die Grünen mit genau 5% der Stimmen erstmals im nordrhein-westfälischen Landtag vertreten. Mit 469078 Wählern konnten sie gegenüber 1985 auch absolut Stimmen gewinnen. Dieser Erfolg der Grünen kann dazu beitragen, die Opposition zu stärken und wird es den antifaschistischen, an Arbeiterinteressen orientier-

ten Kräften erleichtern, ihre Positionen zu entfalten.

Dennoch besteht zum Jubel kein Anlaß. Die SPD konnte ihre absolute Mehrheit mit einem Programm erreichen, das CDU und FDP in weiten Teilen entgegenkam. „Wir machen unser Land zur Nr. 1 in Deutschland“, mit solchen Aussagen biederte sich die SPD den Konzernen an. Während sie ihren Wahlkampf 1985 unter dem Stichwort „soziales Gewissen“ deutlich gegen die Sozialpolitik der Bundesregierung richtete, setzte sie diesmal vor allem auf die Darstellung der eigenen Landespolitik und warb mit dem Wirtschaftsboom, nicht zuletzt in der Stahlindustrie. Soziale Interessen wurden so der kapitalistischen Konjunktur untergeordnet.

Mit diesem Kurs konnte die SPD in ländlich-katholischen Gebieten am Niederrhein, im Münsterland und im Raum Paderborn/Höxter prozentual leicht gewinnen. In ihren industriell geprägten Hochburgen vor allem im Ruhrgebiet hatte sie jedoch starke Verluste. Bei einem durchschnittlichen Ergebnis von 59,4% der Stimmen verlor die SPD im Ruhrgebiet 3,2% der Stimmen, landesweit 2,2% (298000 Stimmen). Zahlreiche SPD-Wähler gingen nicht wählen, die Wahlbeteiligung lag gerade bei 71,8%. Fünf Wahlkreise konnte die CDU der SPD wieder abnehmen, gegenüber einem Wahlkreis, der von der CDU an die SPD ging.

Seine Regierungserklärung will Rau erst nach der Sommerpause abgeben. Er

begründet dies ausdrücklich damit, daß er die Währungsunion mit der DDR abwarten will. NRW-Finanzminister Schleußer hat jedoch bereits erklärt, daß die Landeskasse ihren „Anteil“ an der „Finanzierung der deutschen Einheit“ übernehmen könne. Damit hat er die bisherige verhaltene Kritik der Landes-SPD an der Anschlußpolitik der Bundesregierung gegenüber der DDR zurückgenommen. Die Kritik hatte sich ohnehin nur auf die Finanzierung bezogen, während die Landesregierung aus eigenen Mitteln erst kürzlich eine Landesbürgschaft von 1 Mrd. DM und Barmittel von 50 Mio. DM für das „Engagement nordrhein-westfälischer Unternehmen in der DDR“ bereitstellte.

Als Schwerpunkte künftiger Landespolitik nannte Rau die Verkehrspolitik, die Müllentsorgung, die Wohnungspolitik und die „Vereinbarkeit von Arbeit und Familie“ — gemeint ist offensichtlich die stärkere Mobilisierung weiblicher Arbeitskraft für den Arbeitsmarkt. Mit diesen Schwerpunkten verbunden sind zahlreiche Projekte, auf die die Kapitalisten zum Teil schon lange drängen und die sie im Zuge des Anschlusses der DDR und der Herstellung des EG-Binnenmarktes endlich verwirklicht sehen wollen. Es geht um Autobahnen, bessere Flugverkehrsmöglichkeiten, den Bau der Transrapid-Teststrecke und mehrere Giftmüllentsorgungsanlagen. Die Auseinandersetzungen mit den betroffenen Kommunen werden sich also verschärfen.

In das neue Landeskabinett will Rau mit Ilse Bruns ein Mitglied des DGB-Bundesvorstands berufen. Offensichtlich geht es ihm darum, die zunehmende Distanz der Gewerkschaften zur Landesregierung zu überbrücken. Ilse Bruns war einige Jahre lang nordrhein-westfälische Landesvorsitzende der GEW, kommt jedoch nicht aus der Gewerkschaftsbewegung und war in den 70er Jahren Raus Sekretärin. Weitere Änderungen stehen noch nicht fest, abgesehen vom Abgang des stellvertretenden Landesvorsitzenden der SPD, Zöpel, in den Bundestag. Zöpel wurde als Minister für Stadtentwicklung und Verkehr jahrelang von den Kapitalisten als Verzögerer angegriffen.

Man muß davon ausgehen, daß CDU und FDP ihre Rolle als Anheizer für reaktionäre Konzern-Interessen verstärken werden. Landesvorsitzender der CDU bleibt Bundesarbeitsminister Blüm. Neuer Landtagsfraktionsvorsitzender der CDU soll der bisherige Landesgeschäftsführer Linssen werden, der sich durch Versuche, den REP Konkurrenz zu machen, profilierte. Die FDP, die sich in NRW ausdrücklich als „Wirtschaftspartei“ darstellt, sieht einen Grund für ihre Stimmenverluste darin, daß sie sich bei ihren Wahlaussagen die Möglichkeit einer Koalition mit der SPD offenhielt, wird also ebenfalls stärker auf Kritik von rechts setzen. Gerade auf dem Gebiet der Wirtschaftspolitik ist die Kritik der Linken jedoch kaum entwickelt, eine starke Schwäche auch gegenüber der Landesregierung.

Auch die REP sind keineswegs erledigt. In einigen städtischen Wahlkreisen erhielten sie weit über 3% der

Stimmen, in Gelsenkirchen in zwei von drei Wahlkreisen sogar 4,1%. Sie konnten sich organisatorisch festigen und werden aus dem Landeshaushalt eine Wahlkampfkostenerstattung von annähernd 1 Mio. DM kassieren können. Auch die ÖDP, die ebenfalls flächendeckend kandidierte, erhält Gelder aus dem Landeshaushalt, sie erhielt genau 0,5% der Stimmen.

Die Aufgabe der antifaschistischen Frontbildung steht also nach wie vor. Die Grünen könnten hier eine wichtige Rolle spielen, wenn sie die rasche Vorlage eines Gesetzentwurfs für ein kommunales Wahlrecht für Ausländer befördern. Die Forderung fand sich auch im Landesprogramm der SPD, allerdings mit einem engen Bezug auf die EG-Integration. Bei einer Beschränkung des kommunalen Wahlrechts auf EG-Ausländer wären jedoch etwa 60% der 1,5 Mio. in NRW lebenden Ausländer ausgeschlossen.

Die DKP kandidierte als einzige sozialistische Organisation in 18 der 151 Wahlkreise. Sie erhielt insgesamt 2377 Stimmen. In einem Kommentar eines Mitglieds des Sprecherrates der DKP in der „UZ“ heißt es: „Nur in wenigen Wahlkreisen waren Kommunistinnen und Kommunisten für die DKP angetreten. Dabei spüren wir allenthalben, daß keine der kandidierenden Parteien die zentralen Themen der Politik in unserem Sinne vertritt.“ Über Kandidaturen zu den Bundestagswahlen will die DKP auf einer Konferenz am 24.5. in Wülfrath beraten.

Quellenhinweise: „FAZ“, „WAZ“ und „Welt“, 14. und 15.5.; „Ruhrgebiet aktuell — Landtagswahlen NRW“, hrsg. vom Kommunalverband Ruhrgebiet; „UZ“, 18.5.1990 — (wof)

## Internationale Umschau



Ende letzter Woche begannen in Manila die Verhandlungen zwischen der Regierung Aquino und den USA über ein neues Stützpunktabkommen für die US-Militärbasen auf den Philippinen. Die USA haben schon vor Wochen einseitig eine Verringerung ihrer Zahlungen an die Philippinen um 96 Mio. Dollar angekündigt, wollen aber die Basen — insbesondere den Luftstützpunkt Clark und den Flottenstützpunkt Subic Bay — unbedingt behalten. Die philippinische Regierung hat sich vor den Verhandlungen noch nicht geäußert. Die Basen werden von zahlreichen linken und gewerkschaftlichen Organisationen auf den Philippinen seit langem bekämpft. Bild: Demonstration von Studenten für die Auflösung der US-Stützpunkte. 3000 Menschen beteiligten sich an dieser Aktion am 14. Mai. Die Polizei griff die Demonstration an und verletzte 42 Teilnehmer. — (rül)

## Griechenland: Gewerkschafts-proteste gegen Privatisierung

Die konservative griechische Regierung will 28 staatliche Unternehmen, die zum großen Teil Anfang der achtziger Jahre von der damaligen PASOK-Regierung verstaatlicht worden waren, privatisieren. Unter den Unternehmen ist u.a. das einzige Zementwerk Griechenlands, eine Werft, ein großes Warenhaus in Athen. In einer zweiten Welle sollen die staatlichen Textilbetriebe, Bergbaubetriebe und weitere Werften verkauft werden. Die Regierung kündigte an, das mindestens 6000 Beschäftigte aus den zum Verkauf stehenden Betrieben entlassen werden sollen. Die griechischen Gewerkschaften protestieren gegen die beabsichtigte Privatisierung und haben Streiks gegen Lohnrückstufungen und Entlassungen angekündigt. — (uld)

## Panama: Proteste gegen US-Intervention

Am 21. Mai protestierten vor der US-Botschaft in der Hauptstadt Panamas, Panama-City, Demonstranten gegen die andauernde US-Intervention in der Republik und gegen die US-freundliche Politik der Regierung Endara. Die Demonstranten wiesen darauf hin, daß durch die Bombardierungen von Wohnvierteln durch die US-Luftwaffe während der US-Intervention 20000 bis 25000 Menschen obdachlos geworden seien. In einem Protestschreiben an US-Präsident Bush wiesen die Veranstalter der Aktion darauf hin, daß diese Obdachlosen seit fünf Monaten weder eine Ersatzunterkunft noch irgendeine Entschädigung erhalten haben. — (rül)

## Einreiseperrre für Sinti und Roma in die DDR

Die Regierung der DDR hat am 16. Mai die Einreise von Sinti und Roma gestoppt. In den letzten Wochen waren mehrere tausend Sinti und Roma aus Staaten Osteuropas in die DDR eingereist. Die meisten von ihnen flüchten vor reaktionären und nationalistischen Kräften in diesen Ländern, die den Druck auf die Sinti und Roma zunehmend verstärken. In Rumänien, aus dem die meisten Flüchtlinge der letzten Wochen kamen, leben etwa 2,5 Millionen Sinti und Roma. Nach dem Sturz der Regierung Ceausescu hat sich ihre Lage drastisch verschlechtert. Ein Teil von ihnen versucht, durch die Bildung eigener Parteien (von denen mehrere auch bei den Parlamentswahlen in Rumänien kandidiert haben sollen) die Interessen der Sinti und Roma in Rumänien zu verteidigen. Andere flüchten — u.a. in die DDR. Die Ausländerbeauftragte beim Magistrat der Stadt Berlin teilte nun mit, daß ab 16. Mai Sinti und Roma nur noch mit einer Einladung in die DDR gelassen werden. Damit ist für viele der Flüchtlinge die Einreise in die DDR gesperrt. Reaktionäre Kräfte hatten in den letzten Wochen zunehmend gegen die flüchtenden Sinti und Roma gehetzt. Quellen: FAZ, 19.5.90; NZZ, 18.5.90 — (rül)

## Rumänien: Wahlsieg der „Front zur nationalen Errettung“

Mit einem hohen Wahlsieg der „Front zur nationalen Errettung“ unter Iliescu endeten die Parlaments- und Präsidentschaftswahlen in Rumänien. Bei den Präsidentschaftswahlen erhielt Iliescu 83 % der Stimmen, der Vorsitzende der National-Liberalen Partei Campeanu erhielt 11 %, der Führer der Nationalen Bauernpartei, Ratiu, kam auf 6 %. Bei den Parlamentswahlen kam die „Front zur nationalen Errettung“ in beiden Häusern auf über zwei Drittel der Sitze. Das Abschneiden der Parteien der etwa 2,5 Millionen Sinti und Roma in Rumänien war bei Redaktionsschluß noch nicht bekannt. Die „FAZ“ bestreitet den Vorwurf der Wahlfälschung: „Die festgestellten Unregelmäßigkeiten ... waren in erster Linie auf administrative Unzulänglichkeiten zurückzuführen“, schreibt das Blatt. Die USA hatten vor den Wahlen durch ihren Sender „Radio Freies Europa“ und durch Zurückberufung ihres Botschafters versucht, Druck gegen die „Front“ zu entwickeln. Die liberale Partei und die Bauernpartei wurden beide von Exil-Rumänen geführt, die erst vor kurzem ins Land zurückgekehrt waren und das halbfaschistische Regime vor dem zweiten Weltkrieg gepriesen hatten. Demgegenüber vertrat die „Front“, die über eine Million Mitglieder haben soll, sie sei eine sozialdemokratische Partei der linken Mitte. Nach Berichten der bürgerlichen Presse soll sie für eine soziale Marktwirtschaft in Rumänien eintreten und für die Übergabe des Landes an die Bauern in privaten Besitz oder zur langfristigen Nutzung. Im Gegensatz zu den anderen Parteien tritt sie aber gegen eine Zerstückelung des landwirtschaftlichen Bodens in kleine Parzellen auf und betont, bei allen Reformen müßten die „nationalen Interessen“ gewahrt und soziale Härten vermieden werden. — (rül)



Ein erst kürzlich aus der zionistischen Armee entlassener Israeli hat am 20. Mai sieben palästinensische Arbeiter aus nächster Nähe erschossen und mehrere weitere Arbeiter zum Teil schwer verletzt. Der Täter wurde inhaftiert und von israelischen Regierungsstellen als Geisteskranker dargestellt. Die PLO bestreitet diese Behauptung. Unmittelbar nach dem Massaker begannen in zahlreichen palästinensischen Städten Protestaktionen gegen das Kolonialregime. Israelische Truppen eröffneten das Feuer auf die Demonstranten und töteten erneut mindestens sieben Demonstrierende, mindestens 650 sollen verletzt worden sein. Die PLO hat eine Dringlichkeitssitzung der Vereinten Nationen verlangt, um die palästinensische Bevölkerung vor dem Terror des israelischen Besatzungsregimes zu schützen. — (rül)

## USA: Greyhound gegen streikende Gewerkschaften

Der seit dem 2. März laufende Streik der Busfahrer, des Wartungs- und Büropersonals hat Greyhound Lines wirtschaftlich stark unter Druck gesetzt. Obwohl Greyhound-Besitzer Currey gleich nach Streikbeginn daran gegangen ist, Streikbrecher als Busfahrer einzusetzen und mehr als die Hälfte der Routen aufrechtzuerhalten, ist es ihm nicht gelungen, seine Busse mit Fahrgästen zu füllen. Für die ersten drei Monate dieses Jahres verzeichnete Greyhound 56 Millionen Dollar Verluste, verglichen mit 14 Millionen Dollar Verlust im gleichen Zeitraum letztes Jahr. Greyhound hat keine anderen Geschäftsbereiche und kann Gewinne und Verluste nicht zwischen Tochterfirmen ausgleichen. Die Gewerkschaften gingen deshalb davon aus, daß die Greyhound-Kapitalisten bald zu ernsthaften Verhandlungen bereit seien würden. Stattdessen ging Greyhound dazu über, wild um sich zu schlagen. Der gefährlichste Schlag ist die am 10. April angestregte 30 Millionen-Dollar-Klage gegen die Transportarbeitergewerkschaft (ATU) und verschiedene Gewerkschaftsfunktionäre. Die Klage stützt sich auf ein Bundesgesetz, das erstmals zur Bekämpfung von Mafia, Cosa Nostra usw. erlassen worden ist. Zum anderen füllt Greyhound die Presse mit Berichten über Gewalttätigkeiten von Streikenden. In 20 Städten haben sie Verfügungen erreicht, die Streikposten vor den Greyhound-Terminals stark einschränken. Wenig ist zu lesen über neu eingestellte Streikbrecher-Busfahrer, die Streikposten überfahren haben. Am 5. Mai verkündete der Greyhound-Vorstandsvorsitzende, der Streik sei vorbei. Greyhound sei nicht mehr durch Fahrer-mangel behindert. Das war einen Tag, nachdem Greyhound in Schlichtungsverhandlungen sein neuestes „Angebot“ losgelassen hatte: Lohnstopp für vier Jahre und Beseitigung von 4500 der 6000 von Gewerkschaftsmitgliedern besetzten Busfahrerstellen. Außerdem sollen die Fahrer in Zukunft nach Stunden und nicht mehr nach gefahrener Strecke bezahlt werden. Nach Berechnungen der Gewerkschaften würde das 30 % Lohnverlust bedeuten. Letzte Woche gab es einen Erfolg für die Streikenden. Ein Ermittler der Nationalen Kammer für Arbeitsbeziehungen beschuldigte Greyhound, unfaire Arbeitspraktiken angewandt zu haben. Wenn diese Entscheidung von der Kammer bestätigt würde, müßte Greyhound die 3000 Gewerkschaftsmitglieder wieder einstellen, deren Job mit Streikbrechern besetzt wurde. — (her, ger)

## Südkorea: Demonstranten fordern den Sturz des Regimes

Am 18. Mai, dem Jahrestag des Aufstands vom 18. Mai 1980 in Kwangju, demonstrierten in Südkorea mehr als hunderttausend Menschen gegen das Regime Roh-Tae-Woo und die Stationierung von 40000 US-Soldaten im Land. Am 20. Mai demonstrierten erneut Zehntausende, zumeist Studenten, in Kwangju und anderen Städten und lieferten der Polizei Straßenschlachten. Am 18. Mai hatten fast 100000 Leute in Kwangju des Aufstands gedacht und demonstriert. Auch in Seoul demonstrierten an diesem Tag zehntausende Studenten. — (rül)

## Frankreich: Anti-Rassismusegesetz

Faschistische und antisemitische Angriffe nehmen stark zu

Vor drei Wochen hat die französische Nationalversammlung in erster Lesung einen Gesetzesvorschlag verabschiedet, der in der letzten Legislaturperiode von der kommunistischen Fraktion eingebracht worden war und der vorsieht, „jeden rassistischen, antisemitischen oder ausländerfeindlichen Akt zu verfolgen und unter Strafe zu stellen.“ 307 Abgeordnete stimmten für das Gesetz (26 PCF, 272 PS, 9 Unabhängige), 265 dagegen (128 RPR, 91 UDF, 39 UDC, 7 Unabhängige). Die PCF bezog sich auf ein bereits existierendes Gesetz von 1972, welches besagt, daß „der Rassismus nicht eine Meinung, sondern eine Straftat ist.“ Dieses Gesetz sei aber nie angewendet worden. Das neue Gesetz sieht neben Geldstrafen und Gefängnis auch vor, daß dem Autor rassistischer Äußerungen oder Handlungen das Recht entzogen wird, wählbar zu sein oder als Geschworener oder in anderen öffentlichen Ämtern tätig zu sein. Dieser Punkt richtet sich zur Zeit vor allem gegen den Führer der faschistischen „Front national“, Le Pen. Diesem wird allerdings schon seit längerer Zeit hinreichend Gelegenheit gegeben, in den öffentlichen Fernsehanstalten seine faschistische Propaganda zu betreiben. Zur Zeit treten auch an der Universität Lyon III offen antisemitische Strömungen von seiten der Universitätsleitung zutage.

Fast zeitgleich mit der Gesetzesverabschiedung fand die Grabschändung auf dem jüdischen Friedhof von Carpentras bei Avignon statt. Alle antirassistischen Gruppen, die jüdische Gemeinde, alle politischen Parteien verurteilten die Tat, bis auf Le Pen, der öffentlich verurteilte, „berufsmäßige Antirassisten“ seien „am Werk“ gewesen. Inzwischen machte auch das Sprachrohr der Konservativen, die Zeitung „Le Figaro“, einen Vorstoß in diese Richtung: sie bezeichnete die Demonstration in Paris gegen die Tat von Carpentras, an der über 100000 teilgenommen hatten, als „Kampagne, die von Lüge und Absurdität“ ausgehe. Der Faschismus werde den Franzosen nur eingeedet.

Wie stark Konservative und Front national den Boden für den Faschismus bereits bereitet haben, zeigt das Attentat gegen eine Lehrerin in Royan, die die Ereignisse von Carpentras im Unterricht behandelt hatte und krankenhaushaus geschlagen wurde. Die Wirksamkeit des Gesetzes ist fraglich, denn auch die Politik der regierenden Sozialisten setzt dem Faschismus nichts entgegen und ist seit langem von Ausländerfeindlichkeit geprägt.

Quellenhinweis: Le Monde vom 12.05.90; L'Humanité vom 12.05.90; Politis No. 103 — (sur)

## Spanien: Hungerstreik dauert an

Ein politischer Gefangener ist seit dem 16. Mai klinisch tot

Seit nunmehr fast sechs Monaten sind die spanischen politischen Gefangenen aus PCE(r) und GRAPO im Hungerstreik, um ihre Wiederzusammenlegung und menschenwürdige Haftbedingungen durchzusetzen, nachdem die PSOE-Regierung nach und nach die bestehenden Gefangenensysteme auseinandergerissen und die Gefangenen auf viele verschiedene Knäste in Spanien verlegt hatte. Obwohl alle Gefangenen bereits irreversible gesundheitliche Schäden haben — einige sind z.B. erblindet —, verharret die spanische Regierung bei ihrer harten Haltung. Die nun schon monatelang durchgeführte Zwangsernährung, bei der die Gefangenen an Armen und Beinen ans Bett gefesselt werden und gegen die sich bereits mehrere von ihnen wiederholt mit Durst- und Kommunikationsstreiks gewehrt haben, die permanenten Hin- und Herverlegungen zwischen den einzelnen Knästen und zwischen Knast und Krankenhäusern, die kürzlich erfolgte Zwangsverlegung von vier Gefangenen auf die Kanarischen Inseln sowie die totale Nachrichtensperre demonstrieren noch einmal in aller Schärfe, daß der Regierung jedes Mittel recht ist, um den

Hungerstreik zu brechen und die Isolierung der Gefangenen untereinander und von draußen zu vervollständigen. Durch die Verlegungen werden die ohnehin schon erschwerten Gelegenheiten für Besuche durch ihre Angehörigen, Freunde und Rechtsanwälte wegen der hohen Reisekosten und der langen Anreisezeit fast unmöglich gemacht, zudem ist vorher oft nicht einmal bekannt, daß und wohin die Gefangenen schon wieder verlegt worden sind.

Am 16.5. trat bei einem der Hungerstreikenden — José Manuel Sevillano Martín — Herz- und Atemstillstand auf, für kurze Zeit setzte seine Gehirnströmaktivität aus. Er ist jetzt im Koma und an Beatmungsgeräten angeschlossen. Die Angehörigen und Rechtsanwälte gehen davon aus, daß er klinisch tot ist. Bei einer Kundgebung und Spontandemonstration der Angehörigen bei dem Krankenhaus in Madrid, in dem José liegt, wurden zahlreiche Teilnehmer von der Polizei brutal zusammengeschlagen.

Die Gefangenen haben noch einmal ganz klar vermittelt, daß sie ihren Hungerstreik auf jeden Fall fortführen werden, bis ihre Forderungen erfüllt sind. — (jeh)

## Italien: Rechte Wahlerfolge

Ausländerfeindliche „Ligen“ kommen verstärkt auf

Zwei Ergebnisse stechen beim Ergebnis der Regional-, Provinz- und Kommunalwahlen vom 6./7.5.1990 besonders hervor: Starke Verluste der PCI und das Aufkommen von Kräften im rechten Spektrum. Die PCI hat bei den Regionalwahlen national im Vergleich zu den Regionalwahlen von 1985 6 % verloren und ist bei 24 % gelandet. In der Emilia-Romagna ist sie von 47 auf 40 % gesunken, in der Toscana von 46,2 auf 39 %, auf Sizilien von 21 auf 13,1 %. In der PCI ist umstritten, ob die „Wende“ des jüngsten Parteitag hierbei eine Rolle spielt. Kritiker der „Wende“ sehen hier eine Ursache der Stimmenverluste. Befürworter vertreten die Ansicht, daß andernfalls die Verluste noch größer ausgefallen wären, halten aber auch „Unverständnis über die Wende“ in der traditionellen Wählerschaft der PCI für möglich. Tatsächlich ist die Sozialistische Partei, in deren Richtung die PCI ihre Politik verschoben hat, die einzige der bisherigen größeren Parteien, die national dazugewonnen hat.

Die faschistische MSI-DN ist zwar national von 6,5 % auf 3,9 % zurückgegangen. Gleichzeitig sind aber auf der äußersten Rechten die „Ligen“ aufgekommen. Die „Lega lombarda“-Allianz Nord hat national 4,8 % erhalten und

ist damit viertstärkste Kraft geworden. In den Regionen im Norden liegen ihre Anteile noch höher, vor allem in der Lombardei, wo sie mit etwa 19 % so stark wurde wie die PCI. In einigen Städten wie Varese, Bergamo, Brescia wurde die „Lega lombarda“ hinter den Christdemokraten zweitstärkste Partei.

Die „Lega lombarda“ und die anderen Ligen verfolgen einen chauvinistischen Regionalismus („der lombardische Esel zahlt“). Ihre Agitation richtet sich einerseits gegen den wirtschaftlich rückständigen Süden, für den die Zentralgewalt in Rom den Norden ausraube, andererseits gegen die Zuwanderer aus dem Ausland, insbesondere aus Afrika. Gegen das Gesetz zur Legalisierung illegal Zugewanderter von Ende Februar hat die „Lega lombarda“ rund 200 Änderungsanträge eingebracht und nach dessen Verabschiedung die Vorbereitung einer Volksabstimmung angekündigt. Für ausländische Arbeiter verlangt sie Rotation nach zwei Jahren. Der Vorsitzende der faschistischen MSI-DN, Rauti, erklärte zu dem Wahlergebnis und dem Zusammenhang mit der ausländerfeindlichen Agitation der Rechten: „Wir haben den Baum geschüttelt, und die Ligen haben die Früchte aufgelesen.“ — (rok)



## Streiks und Proteste gegen Annexionsfolgen

Existenzunsicherheit großer Teile der Bauern- und Arbeiterbevölkerung in der DDR

Die westdeutschen Medien kennen seit langem nur ein Schwerpunktthema: die „Vereinigung“. Dabei bringen sie es fertig, die gar nicht so schwachen Proteste in der DDR gegen die sozialen und wirtschaftlichen Auswirkungen der Annexionspolitik fast vollständig wegzuzensurieren. Die folgenden Kurzberichte sind aus dem „Neuen Deutschland“ zusammengefaßt.

Seit Wochen führen die Bauern und Landarbeiter Demonstrationen und Grenzblockaden gegen den ungehemmten Import von Agrarprodukten aus der BRD, vor allem der BRD, durch. Entgegen früherer Zusagen unternimmt die Regierung nichts, um die Importe zu beschränken. — Die EG-Erzeugerpreise, die die bäuerlichen Produzenten in den Mitgliedsländern vielhunderttausendfach an den Rand des Existenzminimums drängen, liegen um 30 bis 75 % (z.B. bei Schweinefleisch) unter denen der DDR. Die Öffnung der Grenzen für EG-Agrarimporte hat bei den LPG bereits zu völlig überfüllten Lagern und zur Vernichtung von Produkten geführt, während gleichzeitig — vor allem in ländlichen Gebieten — Engpässe bei der Nahrungsmittelversorgung zunehmen. Die in der Landwirtschaft Tätigen — mit 800000 relativ viel mehr als in der BRD

— fürchten um ihre Existenz. Nach Umfragen will der Großteil um den Erhalt der LPG kämpfen; knapp die Hälfte tritt gegen den Anschluß an die BRD ein.

Seit Ende April wehren sich mit Streiks, Demonstrationen und anderen Protestaktionen die Beschäftigten in der Schuh- und Leder-, der Textil- und Bekleidungsindustrie gegen die Folgen der Annexion. Zum einen sind die Betriebe unmittelbar von der Schließung bedroht. Billige Angebote aus dem Westen überschwemmen zur Zeit den DDR-Markt und haben in den DDR-Betrieben riesige Textil- und Schuhlager anwachsen lassen. Die Beschäftigten fordern den Schutz des Binnenmarktes und Senkung der Preise. Die Regierung scheint der Forderung nach Preissenkung nachzukommen, solange die BRD-Regierung sie läßt. — Mit einem Warnstreik am 10. 5. und Demonstrationen in mehreren Städten unterstrichen vor allem die Beschäftigten in diesen beiden Industrien, aber auch andere die Forderung nach einem Ausgleich für Subventionsabbau und Teuerung, nach Beendigung des zum 1. Mai verhängten Lohnstopps, 50 % iger Lohnerhöhung, 38-Stunden-Woche und Maßnahmen zur Sicherung der Arbeitsplätze. Unter ähnlichen For-

derungen — 300 Mark Teuerungsausgleich, 40-Stunden-Woche — streikten am 17. 5. kurzzeitig die Eisenbahner in zahlreichen Städten, weitere Streiks sind angekündigt. Die Regierung bezeichnet all diese Forderungen als „nicht machbar“ und versucht, durch Hinhaltenakt Zeit zu gewinnen.

Große Unruhe herrscht unter den Pädagogen und anderen Beschäftigten im Bildungswesen. Auch sie beteiligten sich an den Streiks und Protestaktionen am 10. 5., allein im Kreis Cottbus demonstrierten 20000. Sie fordern die Anerkennung ihrer beruflichen Abschlüsse, den Erhalt der Kindereinrichtungen und soziale und rechtliche Sicherungsmaßnahmen.

Der neugegründete Behindertenverband hat den Staatsvertrag zum Teil hart angegriffen und insbesondere kritisiert, daß die Invalidenrente — bisher 330 DM mindestens für jeden Behinderten ab dem 18. Lebensjahr — zukünftig durch Sozialhilfe abgelöst werden soll. Mehrere hundert Behinderte demonstrierten am 16. 5. in Berlin u.a. für den Erhalt der Invalidenrenten auch nach Inkrafttreten des Staatsvertrages.

Quellenhinweis: Neues Deutschland, 7. 5. - 18. 5. 1990 — (scc)



Rechte Bilderleiste: Arbeiterinnen eines Schuhbetriebs. Bauern blockieren Grenzübergang. Demonstration von Behinderten. Unten links: Demonstration am 10. 5.



## Christlicher Fundamentalismus formiert sich

Der Heilige Vater trommelt für das nächste Jahr eine europaweite Synode zusammen

Für das nächste Jahr hat der hl. Vater eine Sondersynode für Europa einberufen. Im Mittelpunkt der Beratungen werden die Auswirkungen des historischen Umbruchs für die Kirche in ganz Europa, vor allem aber in Mittel- und Osteuropa stehen.

Katholische Synoden sind eine Art Hauptversammlung von Repräsentanten der Kirchenorganisationen eines Gebietes. Sie dienen der Vereinheitlichung und Ausrichtung der verzweigten kirchlichen Apparate. Sie sind ein Mittel der Kirchenpolitik. Eine Synode für ganz Europa setzt voraus, daß eine einheitliche europäische Kirchenpolitik möglich und angebracht ist. Die katholische Kirche schwingt sich mit den Synodenplan zu einer Kraft auf, die in den Konflikten zwischen Staaten und Systemen übergeordnet ganz Europa führt.

Ihren Führungsanspruch formuliert die Kirche gegenwärtig nicht nach Außen, nicht an die Welt. Sie propagiert ihn innerhalb der eigenen Organisation, an die Eingeweihten. Dafür bürgt die Sprache, z.B. des Osservatore Romano: „Die Geschichte birgt Staunen, und tatsächlich macht sie uns staunen. Wenn sie die öde, von Menschen aufgezwungene Planung überwindet, wenn sie die menschlichen Voraussagen übersteigt und widerlegt, macht die Geschichte Staunen. Sie wird die Epiphanie (Offenbarung, d. Verf.) ihres Geheimnisses selbst: bringt ihre innerste göttliche Be-

schaffenheit zum Ausdruck. Sie zeigt, daß sie eine Seele hat. Sie offenbart, daß es Völker gibt, die während langen Jahren der Dunkelheit und der Gewalt das Bewußtsein einer Realität verkörpern: das Christentum macht die wahre Geschichte. Hinter einem eisernen und düsteren Vorhang, wo der Marxismus die Sorge um die allein materiellen Probleme zu einem absoluten Wert erhob, haben die Christen den Sinn für die überlegene Bedeutung der geistlichen Werte lebendig erhalten. Und durch ein in erzwungenem Untergrund heroisch gelebtes Sakramentenleben haben sie an der Spitze der wahren Bewegung der Geschichte gestanden.“

Hier wir ein Herrschaftsanspruch formuliert, und zwar sowohl allgemein und theoretisch wie konkret und praktisch, beide Male übrigens in Polemik gegen den Marxismus.

Zum ersten wird eingeschärft, daß nicht das ökonomische Dasein das Bewußtsein bestimme, sondern das geistige, das göttlich inspirierte, das Sakramentenleben.

Zum zweiten wird dargetan, daß nicht die Menschen oder die Menschheit, auch und gerade die unterdrückte, das wahre Subjekt der Geschichte sei, sondern Gott in Verbindung mit einem „tum“, also einer ausgewählten oder auserwählten Menschenmenge, die mit einer Ideologie verwachsen ist.

Das ist extrem elitär, ja totalitär. In diesem Denken hat die wirkliche Bewegung der Massen überhaupt kein Gewicht. Politische Macht im Sinne so einer Ideologie muß sich nicht demokratisch rechtfertigen. Herrschaft in diesem Sinne begründet sich anders. Hierzu wieder ein längeres Zitat von der gleichen Seite der gleichen Ausgabe des Osservatore:

„Es ist ein anspruchsvolles Bild, das uns das Evangelium dieses Sonntags zumutet. Anspruchsvoll für die, die — auf welcher Stufe auch immer — ein Hirten-Amt ausüben. Denn sie sind verpflichtet, ihre Herde zu kennen, für sie zu sorgen — und ihr Leben für sie einzusetzen. Erst dann können und sollen sie führen, denn die Schafe folgen nicht einem Fremden... Hirt und Herde bestimmen sich jeweils nicht aus sich selbst; so ist der Hirt nicht ohne die Herde zu denken und eine Herde nicht ohne Hirt... Hirt und Herde sind so aufeinander angewiesen: in ihrer Verbindung liegt der Schlüssel zur Einheit der Kirche. In der Kirche will der oberste Hirte alle, auch die bisher ferngestandenen zusammenführen, damit alle sein Stimmehören und „ein Hirt und eine Herde sei“ (Joh. 10, 16).

Der Schlüssel liegt dabei im „Kennen“: der Hirt soll nicht „fremd-bestimmen“, sondern zum Eigensten führen. So ist die Zahl der Hirten nicht unwichtig: möglichst viele Schafe sollen ihren Hir-

ten kennen und umgekehrt. Denn im Kennen wachsen Sorge und Verantwortung füreinander. Im Kennen werden aus Verwaltern und Beamten echte Hirten, und aus einer argwöhnischen oder ängstlichen Menge eine vertrauende Herde.“

Die Autorität des Hirten, also der Herrschaft, ergibt sich daraus, daß er die eigenen Bedürfnisse der Herde kennt. Kennte die Herde selbst diese Bedürfnisse, wäre der Hirt sinnlos. Sein Amt ergibt sich daraus, daß die Herde nicht weiß, was für sie gut ist.

Die Synode wurde vom hl. Vater während seiner Reise durch die CSFR einberufen. Der Reisende Papst und der bereiste Ministerpräsident beließen es nicht bei spirituellen Akten, es ging auch um konkretere Vorstellungen. Vaclav Havel sagte laut Osservatore vom 27. 4. 90:

„In unser durch die Ideologie des Hasses verwüstetes Land kommt ein Bote der Liebe, in das durch das Regieren von Ungebildeten verwüstete Land kommt ein lebendiges Symbol der Bildung, in das Land, das bis vor kurzem durch die Idee der Konfrontation und Verteilung der Welt vernichtet wurde, kommt ein Bote des Friedens, der Toleranz und des Dialogs.“

Das Christentum liefert hier einem Eliteburschen eine Rechtfertigung seiner Herrschaft. Das Regieren von Ungebildeten hat „das Land verwüstet“, Schafe ohne Hirt fraßen wohl alles ratz-kahl. Nachzugehen wäre auch der Vorstellung Havels von Bildung. Der hl. Vater ist Stellvertreter Gottes auf Erden

und unfehlbar. Ist Bildung, wenn man sich für unfehlbar hält oder für unfehlbar gehalten wird?

Die katholische Kirche, geführt durch den Papst, arbeitet daran, eine fundamentalistische Herrschaft über Europa zu errichten. So sagte der Papst auf seiner CSFR-Reise bei einer Begegnung mit Kulturschaffenden im Prager Schloß laut Osservatore:

„Europa müsse, so forderte der Papst, sich seiner christlichen Wurzeln besinnen. Wenn das historische Gedächtnis Europas nicht über die Ideale der Aufklärung hinausgeht, bleibt die neue Einheit oberflächlich und instabil.“ Die Zivilisation von morgen müsse sich auf ein ganzheitliches Menschenbild stützen, das seine geistige und materielle, seine moralische und religiöse, seine soziale und ökologische Dimension im Blick hat. Sie läßt sich „nicht auf eine verkürzte Sicht vom Menschen gründen, weder auf eine materialistische, noch auf eine einseitig spiritualistische“. Die politischen Systeme, die auf einem Materialismus fußen, schloß der Papst, gründen sich auf Angst, auf eine Angst der Leere, wenn der Mensch ohne echten Sinn des Lebens bleibe.“

Ein Menschenbild, das beansprucht, ganzheitlich zu sein, beansprucht, die wesentlichen Seiten menschlichen Daseins zu kennen. Es steht in direktem Gegensatz zur Idee der Entwicklung, des Fortschrittes. Dem neuen, christlichen Fundamentalismus geht es um die Begründung einer Ordnung, in der alle auf ihren Platz gewiesen werden.

Quellenhinweis: Osservatore Romano vom 27. 4. und 4. 5. 90 — (maf)

# Kurdistan-Solidaritätsarbeit linker Organisationen stößt auf Interesse

Veranstaltungen und Aktionen in verschiedenen Städten in Schleswig-Holstein

Trotz aller Anstrengungen der Herrschenden, den kurdischen Befreiungskampf zu diskriminieren, gibt es in den verschiedensten Städten (Kiel, Rendsburg, Neumünster, Elmshorn, Lübeck ...) Fortschritte in der Solidaritätsarbeit, die sich durch verschiedene Aktivitäten und Erfahrungen zeigen. Eine gewisse Kontinuität gibt es nur ansatzweise. Wo es einen Kurdischen Kulturverein gibt (Rendsburg), werden auch mehr Menschen angesprochen, bis hin zu Kirche und DGB. Von den Linken aber fehlt eine kontinuierliche Information über den Befreiungskampf und die

imperialistische Einmischung der BRD. Angesichts der fortschreitenden Kämpfe in Kurdistan sind die Schwierigkeiten mit der Solidarität und Unterstützung der verfolgten Kurden etwas in den Hintergrund getreten. Trotzdem gibt es in einzelnen Orten nur sporadisch Unterstützung. Wenn Unterstützung geübt wird, geht es dabei meist um die verurteilten Kurden wegen § 129a. Die teilweise Rufmordkampagne von taz und GAL mit ihrem Höhepunkt 1986 hat noch immer bleibende Auswirkungen auf die Solidaritätsarbeit. — (dam, far, lus, rua)



## Wachsende Solidarität mit der Intifada

Die Hetzkampagne gegen die PKK spaltet die Solidarität

Seit Jahren beschäftigt sich der Arbeitskreis Ausländerpolitik e.V. Neumünster, dem relativ viele TürkInnen und KurdInnen angehören, auch mit der Situation in Kurdistan. Er nahm allerdings lange eher eine beobachtende Haltung ein, stellte die Rolle des BRD-Imperialismus in den Mittelpunkt und griff öffentlich die „Türkei-Hilfe“ und die Massaker am kurdischen Volk an.

Ein für die Solidarität wichtiges Ereignis war die Veranstaltung im April letzten Jahres. Die Grünen/AL Neumünster hatten zusammen mit dem Arbeitskreis und der Aktion Jugendzentrum AJZ eingeladen. Vor rund 100 Teilnehmern berichtete Johannes Kempmann, MdL der Grünen aus Hannover, anhand von eigenen Dias über den Besuch einer Landtagsdelegation in kurdischen Flüchtlingslagern und bei Dev-Yol-Prozessen bzw. in türkischen Gefängnissen. Der Besuch hatte Ende Oktober/Anfang November 1988 stattgefunden und war von der türkischen Regierung z.T. massiv behindert worden. Der Bericht beeindruckte vor allem durch die konkrete anschauliche Darstellung der Erlebnisse. Im Anschluß griff die Bundestagsabgeordnete der Grünen/AL Neumünster Angelika Beer die Zusammenarbeit BRD-Türkei scharf an. Die Beiträge weckten bei den Anwesenden, darunter auch vielen türkischen und kurdischen Jugendlichen und Familien, große Empörung. Eine Geldsammlung zur Unterstützung der politischen Gefangenen in der Türkei erbrachte rund 200 DM.

Der Arbeitskreis selbst leistete keinen Redebeitrag. Der bereits zu dieser Zeit bekannte Plan des Generalbundesanwaltes Rebmann, Anklage gegen in der BRD inhaftierte kurdische Revolutionäre nach § 129a zu erheben, wurde nicht angegriffen, obwohl dies ein weiterer wichtiger Beweis für die Kumpagne von westdeutscher und türkischer Regierung gewesen wäre. Zur selben Zeit erklärte der Aufruf von Feyka-Kurdistan: „die Bundesanwaltschaft (maßt) sich inzwischen sogar (an), angebliche Straftaten von Kurden im Libanon in der BRD zu verfolgen ... 400.000 Kurden in der BRD werden durch diese Verfolgungs-

kampagne faktisch unter Ausnahmerecht gestellt.“

Erst nach einem Besuch des mittlerweile aufgenommenen Düsseldorf Kurden-Prozesses wurde die Debatte über eine Politik des Arbeitskreises dazu und über den Zusammenhang von BRD-Interessen und Unterdrückung des kurdischen Befreiungskampfes neu aufgenommen. Dabei wurde insbesondere auch der Versuch gemacht, die Hetzkampagne gegen die PKK in der BRD aufzuarbeiten, und es wurde ihre Bedeutung für die Behinderung der Prozeß-Kritik und für die Lähmung der Solidarität mit den inhaftierten kurdischen Revolutionären diskutiert.

Am 28.4.90 fand dann im Infoladen OMEGA eine Kurdistan-Veranstaltung mit über 30 Leuten statt. Mit einem Diavortrag (siehe Fotos) und dem Vortrag eines kurdischen Genossen wurde über die soziale Lage, die Unterdrückung und die Situation im Befreiungskampf Kurdistans informiert. Beides war sehr ausführlich und regte zu vielen Fragen an, die sich insbesondere auf die Geschichte des Befreiungskampfes seit 1920, die Besonderheiten seiner Unterdrückung und Spaltung sowie auf die seit 1986 lancierte Hetzkampagne gegen die PKK in der BRD bezogen.

Bei der Auswertung im Arbeitskreis war ein Vertreter der Grünen/AL anwesend, der um die Abfassung einer Resolution zum kurdischen Befreiungskampf bat, die der Landesversammlung der Grünen am 20.5. vorgelegt werden sollte. Diese Resolution verzichtet jedoch erneut auf die Darstellung der Kurden-Verfolgung in der BRD und stellt die Intifada in den Mittelpunkt: „Auch in der bundesdeutschen Presse tauchen Nachrichten über ... die Situation der Intifada fast überhaupt nicht auf. Das verwundert nicht, denn ... die Bundesrepublik, die die militärische Unterdrückung überhaupt erst ermöglicht, (wird) alles tun, um wenig Informationen über die Lage in Kurdistan durchsickern zu lassen, denn das ökonomische Interesse des bundesdeutschen Staates liegt in der Aufrechterhaltung der kolonialistischen Verhältnisse in Kurdistan.“



## Redebeitrag der Union der Patriotischen Arbeiter Kurdistans am 1. Mai in Rendsburg!

„... Seit dem 15. August 1984 hat sich der Kampf für die Unabhängigkeit und Freiheit des Kurdischen Volkes unter Führung der Arbeiterpartei Kurdistans, der PKK, beständig weiterentwickelt. Unter der Fahne der Nationalen Befreiungsfront Kurdistans, der ERNK, hat sich das Volk gesammelt. Die Volksaufstände, an denen sich über anderthalb Millionen Menschen seit März diesen Jahres beteiligten, haben den türkischen Kolonialismus in seine tiefste Existenzkrise gestürzt.“

Statt das Scheitern seiner bisherigen Kurdistanpolitik einzugestehen, antwortet der türkische Staat auf den gerechten Kampf des leidgeprüften kurdischen Volkes mit einer Verschärfung des militärischen Terrors. So beschloß der türkische Ministerrat am 9. April diesen Jahres eine neue Phase im kolonialistischen Vernichtungskrieg. Jegliche Berichterstattung der Medien über Kurdistan wurde unter Androhung hoher Strafen verboten. Ganze Dörfer können auf Befehl des Kolonialgouverneurs deportiert werden, einzelne Menschen in die Verbannung geschickt werden.

Mit dem Versuch, Nordwestkurdistan zu einem verbotenen Gebiet zu machen und jegliche Öffentlichkeit zu verhindern, bereitet der türkische Staat massenhafte Vernichtungsaktionen vor.

Diese Politik der Türkischen Republik wird von der NATO unterstützt. Speziell die BRD, die nicht nur zuständig innerhalb der NATO für den türkischen Staat ist, sondern auch dessen Handelspartner, hält dieses mörderische Kolonialsystem am Leben. Milliarden fließen als Militär- und Wirtschaftshilfe dort hin. Bundesdeutsche Panzer, Gewehre, Hubschrauber bis hin zu — von der GSG 9 ausgebildeten — Spezialteams werden im Kolonialkrieg in Kurdistan eingesetzt. Darüber hinaus verfolgen bundesdeutsche Behörden hier lebende Kurden, die mit dem Kampf ihres Volkes sympathisieren. Der Schauprozeß in Düsseldorf gegen 17 KurdInnen und Kurden ist ein deutliches Beispiel für den Umgang der Herrschenden in der BRD mit den Angehörigen unterdrückter Völker, die für Freiheit kämpfen. Sie sollen zu Terroristen erklärt werden.

Aber all diese Maßnahmen können heute den Freiheitskampf des kurdischen Volkes nicht verhindern. Das Volk in Kurdistan hat sich fest um seine Partei, die PKK, zusammengeschlossen. Es kämpft organisiert unter der Fahne der ERNK und verbindet seine Volksaufstände mit den Aktionen der Volksbefreiungsarmee Kurdistans, ARGK,

## Redebeitrag und Großresolution

die der türkischen Kolonialarmee täglich schwere Verluste versetzt.

Das Kurdische Volk erfüllt mit seinem Kampf gegen eine der reaktionärsten Regierungen eine große internationalistische Aufgabe.

Wir rufen alle demokratischen Menschen auf, sich an die Seite dieses Volkes zu stellen und seinen gerechten Kampf zu unterstützen

\* Es lebe der proletarische Internationalismus  
\* Es lebe der 1. Mai.  
\* Es lebe die PKK, die ERNK und ARGK!“ (Auszug)

### Resolution der Veranstaltung zum U-Boot Skandal

Die Besucher und Veranstalter der Informationsveranstaltung zum U-Boot-Skandal am 1. Mai in Kiel verabschiedeten folgende Resolution an die Bundesregierung und das Düsseldorf Oberlandesgericht:

Mit Wut und Entsetzen haben wir erfahren, daß die türkische Regierung heute am 1. Mai 1990 auf DemonstrantInnen schießen ließ, die sich trotz des Demonstrationsverbotes zur 1.-Mai-Kundgebung in vielen Städten der Türkei und Nordwestkurdistans versammelt hatten. Wir wissen, daß die Mi-

litärpolizei der Türkei von bundesdeutschen Grenzsicherern und Sondereinsatzkommandos wie der GSG 9 ausgebildet wird und das türkische Militär als NATO-Bündnispartner von der BRD finanziell durch z.B. jährliche Rüstungsbeihilfen unterstützt wird. Dieses Militär geht im türkisch besetzten Teil Kurdistans mit brutaler Waffengewalt vor. Das kurdische Volk wehrt sich, in Kurdistan ist Krieg.

Nicht nur, daß die BRD das türkische Militär finanziell und mit Waffen massiv unterstützt, es stehen auch 18 KurdInnen vor einem bundesdeutschen Gericht. Sie sind angeklagt nach § 129a, innerhalb der PKK (Arbeiterpartei Kurdistans) eine sogenannte terroristische Vereinigung gebildet zu haben.

Wir protestieren gegen den offensichtlichen Versuch, geltendes Völkerrecht zu unterlaufen und die kurdische Befreiungsbewegung als „terroristische Vereinigung“ zu kriminalisieren.

— Das kurdische Volk hat ein Recht auf Selbstbestimmung!  
— Wir fordern die BRD auf, sofort die Türkeihilfen einzustellen!

— Wir fordern die sofortige Einstellung der KurdInnenprozesse und die Freilassung der inhaftierten KurdInnen!

— Wir fordern ein uneingeschränktes Asylrecht für alle politischen Flüchtlinge!



## Angriff auf die Hafenstraße

Senat und BAW wollen Hafenstraße-Bewegung zerschlagen

**Hamburg.** Die Generalbundesanwaltschaft und der Hamburger Senat haben am 15.5.90 sieben Häuser der Hafenstraße, eine Wohnung in Hamburg-Altona sowie den Info-Laden "Schwarzmarkt" durchsuchen lassen. Anlaß war die von der Generalbundesanwaltschaft beauftragte Vollstreckung zweier Haftbefehle wegen „mutmaßlicher Mitgliedschaft in der RAF“.

Der Staatsapparat ging insbesondere gegen die Hafenstraße-Bewohner mit großer Brutalität vor. Dies verdeutlicht schon das rund 3000 Mann starke Aufgebot bestehend aus Polizei, Bundesgrenzschutz sowie Bundeskriminalamt. Das Gebiet um die Hafenstraße wurde weiträumig abgesperrt, dessen Zugang nur über Kontrollstellen mittels eines Passierscheins möglich war. Innerhalb des Sperrgebietes wurden Ausweiskontrollen durchgeführt und die Polizei prügelte auf Menschen ein. Im Stadtteil St. Pauli wurden darüber hinaus noch zwei weitere Straßensperren mit Kontrollstellen von der Polizei errichtet. Journalisten wurde der Zugang zum Sperrgebiet verboten, weil diese sonst „unkontrolliert herumlaufen könnten“, so der Anwalt Schuster von der Bundesanwaltschaft.

Das BKA hatte eine Durchsuchungserlaubnis für elf Wohnungen mit der Begründung erhalten, daß die Bewohner dieser Wohnungen mit den Gesuchten befreundet oder bekannt seien. Tatsächlich wurden aber sieben Häuser durchsucht, da angeblich „Gefahr im Verzuge“ bestünde. Während dieser Durchsuchung mußten Bewohner bis zu 1,5 Stunden gefesselt auf dem Boden liegen. Die Wohnungseinrichtungen wurden von der Polizei erheblich beschädigt. Beschlagnahmt wurden Personal-Computer, Disketten und Schriftstücke mit Bezug zur RAF. Die Bundesanwaltschaft erhoffte sich daraus Aufschlüsse über angeblich vorhandene Strukturen der RAF im norddeutschen Raum, wie

es heißt. 19 Bewohner wurden erkenntnisdienlich behandelt und drei Bewohner wegen geringer Diebstahls- und Einbruchdelikte festgenommen.

Die Provokation der BAW dient dem Ziel, die Hafenstraße-Bewegung („unabhängige Lebensstrukturen/selbstbestimmtes Leben“) vor allem wegen ihres Widerstandes gegen die unmenschliche Behandlung der politischen Gefangenen zu zerschlagen. Der Hamburger Senat trägt das voll mit. Dabei fährt der Innenminister Hackmann (SPD) auf die Entfesselung der staatlichen Willkür bei der Unterdrückung des Widerstandes ab, wenn er die Notwendigkeit des Angriffs wie folgt begründet: „Die Wahrscheinlichkeit, die beiden Gesuchten in den Häusern zu finden, war nicht sehr hoch einzuschätzen. Die Wahrscheinlichkeit, daß man brennende RAF-Unterlagen findet, ist auch nicht sehr hoch. Aber da beides nicht auszuschließen war, mußte der Einsatz durchgeführt werden.“

Die ständig zunehmende Schikanierung und Verfolgung der Hafenstraße-Bewohner steht außerdem noch im Zusammenhang mit der Wohnungspolitik des Senats. Der SPD/FDP-Senat und die CDU machen nämlich keinen Hehl mehr daraus, daß ihnen die Beseitigung der Hafenstraße-Häuser auf zivilrechtlichem Wege (Klagen gegen die Mieter) zu lange dauert — bei einer immer größer werdenden Wohnungsnot mit mittlerweile über 40000 Obdachlosen will der Senat das Hafenstraße-Projekt, dessen Ausgangspunkt die Besetzung von Häusern war, so schnell wie möglich vom Hals haben.

Am 15.5.90 demonstrierten 800 Leute gegen den Angriff auf die Hafenstraße und für den Erhalt der Häuser an der Hafenstraße. Eine weitere Demonstration am 19.5.90 wurde vom Oberlandesgericht Hamburg verboten und die Demonstration von 1200 Menschen von der Polizei aufgelöst. — (stg)



Demonstration gegen die Durchsuchung der Hafenstraße.

## Gefangene fordern: Tariflöhne, freie Arztwahl!

Unterschriftensammlung von 200 Gefangenen in der JVA Mannheim durchgeführt

**Mannheim.** 220 Gefangene der Justizvollzugsanstalt in Mannheim haben mit ihrer Unterschrift die Unterstützung für eine noch anlaufende bundesweite Kampagne für Tariflöhne, freie Arztwahl und andere Forderungen erklärt. Die

Kampagne wird von verschiedenen Gefangeneneinitiativen getragen. Die Unterschriftensammlung ist nur eine von vielen bisher bekannt gewordenen kollektiven Widerstandsaktionen im Mannheimer Gefängnis.

Im Text der Unterschriftenliste heißt es:

„Die Gefangenen in der BRD fordern Tariflöhne, Beiträge zur Rentenversicherung, freie Arztwahl, Anerkennung der Menschenrechte — auf Grund der BT-Drucksache 7/918 in Verbindung mit dem Schreiben vom 5.9.1975-100 AE (2495)-50674 und 1004 (2560)-285/75, nach denen uns Gefangenen zugesichert wurde, bis 31.12.1985 10 % und ab 1.1.1986 40 % des durchschnittlichen Arbeitsentgeltes aller Versicherten der Rentenversicherungsanstalt der Arbeiter und Angestellten des vergangenen Kalenderjahres zugrunde zu legen (wobei wir auch ab 1.1.86 in die Rentenversicherung hätten einbezogen werden sollen). Liebe Mitgefangene, unterschreibt alle, damit unsere Forderung anerkannt wird, ein Staat darf nicht gegen seine eigenen Gesetze verstoßen. Wir fordern Gerechtigkeit im Namen des Volkes.“

Am Ende der Unterschriftensammlung heißt es: „Wir müssen alle zusammenhalten, nur zusammen erreichen wir was, es ist für uns alle, oder immer für 991 DM die Std. arbeiten? Oder elendig

kipieren, wenn ihr krank seid, da keiner weiß, was ihr habt. Solidarität ist angesagt.“

Die Unterschriftenliste, die uns als Kopie vorliegt, ist Teil einer bundesweiten Kampagne, die von verschiedenen Gefangeneneinitiativen aus dem Ruhrgebiet vorgeschlagen wurde und jetzt ins Rollen gebracht werden soll. Bundesweit müssen noch die genauen Forderungen abgeklärt werden. Die Liste, mit der Gefangene in Mannheim in der JVA Unterschriften gesammelt haben, ist eigentlich nur ein Entwurf für die noch zu beginnende Kampagne.

Die Unterschriftensammlung konnte nur bei Strafgefangenen durchgeführt werden, da dies in der U-Haftabteilung aus Trennungsgründen nicht durchführbar war (z.B. 23 Std. Einschluß). Die Beteiligung wäre noch größer, wenn die Gefangenen keine Angst vor Repressalien und Haftverlängerung gehabt hätten.

Natürlich werden Aktionen wie diese unterdrückt und von der herrschenden Öffentlichkeit totgeschwiegen. Die Gefangenen und die Gefangeneneinitiativen wenden sich deshalb an die verschiedenen Organisationen, Gruppen und an die

## Erfolg für Antifaschisten — REP sagen Veranstaltung ab!

**Gelsenkirchen.** Am 8. Mai wollten die REP in Gelsenkirchen ihre Wahlkampfabschlußveranstaltung durchführen. Die Stadt verweigerte die Räume. Die REP verzichteten angesichts der NRW-weiten Mobilisierung des antifaschistischen Bündnisses in Gelsenkirchen auf eine Klage vor dem Verwaltungsgericht gegen die Stadt, da sie „keine Gefährdung ihrer Parteimitglieder“ riskieren wollte. Dennoch fand am selben Tag eine Kundgebung statt, an der sich ca. 200 Menschen beteiligten. Es gab Redebeiträge von VVN, unabhängigen Antifaschisten, der Prozeßgruppe, den Grünen und dem Arbeitskreis Flüchtlinge. Widerstand gegen den Faschismus der REP wird trotz des niedrigeren Wahlergebnisses in NRW weiterhin nötig sein, da die REP ihre Funktion als reaktionäre Vorhut bewahren und ausbauen wird. — (tja)

## Freisprüche bei „Kurzblockaden“

**Heilbronn.** Jahre nach verschiedenen Blockadeaktionen vor dem Pershing-Standort Heilbronner Waldheide geht die Prozeßlawine vor dem Heilbronner Amtsgericht wegen „Nötigung“ los. Der Gummiparagraph erlaubt auch der Justiz, von Fall zu Fall zu entscheiden. Aus Hunderten von Festnahmen wurden 109 Menschen herausgegriffen und kriminalisiert. Der willkürliche Einsatz des „Nötigungs“paragraphe zeigt das Politikum, das aus dem Kampf gegen die Pershing-Stationierung ein rein juristisches Problem macht. Gericht und Staatsanwaltschaft sind soweit, im allgemeinen die nötige „Verwerflichkeit“ in den Aktionen zu sehen, bei allem „Verständnis für die Angst und Betroffenheit“. Bislang gab es noch Freisprüche, da weniger als 20 Minuten blockiert wurde und/oder für die Army noch andere Tore frei waren. In allen Fällen ging die Staatsanwaltschaft in Berufung. Die Pershing sind abgezogen, eine Fernmeldeeinheit soll jetzt dort hin. — (bes)

## Zentrale Abschiebebehörde (ZAB) arbeitet „erfolgreich“

**Darmstadt.** Einer Pressemeldung zufolge konnte die vorgesehene Abschiebung einer iranischen Familie durch den hessischen Innenminister Milde „verhindert“ werden. Er räumte „Pannen“ bei den zuständigen Behörden ein. So sei im vorliegenden Fall „übersehen“ worden, daß der Übertritt zu einer christlichen Glaubensgemeinschaft einer Abschiebung der Iraner entgegengestanden habe. Der Innenminister wies die generelle Kritik an der Arbeit der ZAB für Hessen in Darmstadt zurück. Die Grünen fordern als Konsequenz die Auflösung der Behörde. Der Abgeordnete Hertle berichtete, daß aus Hessen in letzter Zeit vier iranische Flüchtlinge abgeschoben worden seien. — (cog)

## 600 gegen Landesparteitag der Republikaner

**Heilbronn.** In der Stadt mit ihrem zweitbesten Kommunalwahlergebnis wählten die REP auf einem Landesparteitag am 20. Mai die Landesliste für die Bundestagswahl. Auf Platz eins kam der Filibinger-Freund Schlierer vom Studienzentrum Weikersheim. Die REP hatten das städtische Bürgerhaus ohne jegliche Probleme von der Stadtverwaltung erhalten. Auf Protestschreiben von SPD und Grünen antwortete die Stadt mit den demokratischen Rechten aller Parteien. Mit 7000 Flugblättern des Antifa-Bündnis Heilbronn wurde in Baden-Württemberg mobilisiert. Für die Kräfteentwicklung in der Stadt war nicht unwichtig, daß der DGB zu einer eigenen Veranstaltung über „Rechtsradikalismus“ drei Tage vor dem Parteitag einlud, die demobilisierend wirkend sollte: „DGB warnt vor Protesten gegen Rep-Parteitag“ (Überschrift der Lokalzeitung nach der Veranstaltung). Knapp 600 Leute versammelten sich dann zwei Stunden vor offiziellem Parteitagbeginn vor der Halle und riegelten den Zugang zu den Absperriegittern der Polizei vor dem Haupteingang ab. Die Delegierten, die danach kamen, mußten zum größten Teil von der Polizei über Wiesen zum Hintereingang gebracht werden; die Blockaden dort wurden mit Hunden (fünf gebissene Antifaschistinnen und Antifaschisten) und Knüppeln angegriffen. Bei einer Kundgebung vor dem Saal wurden Beiträge von türkischen Antifaschistinnen und Antifaschisten, Beiträge gegen Großdeutschland, Nationalismus, Rassismus und Sexismus gehalten. Als klar war, daß der Parteitag stattfand, führten etwa 400 Leute eine Abschlusdemonstration durch den Stadtteil durch. — (bes)

## Wieder Aktionen zur Aufenthaltsberechtigung

**Ulm.** Der Ausländerausschuß der IGM Ulm protestierte in einer Presseerklärung gegen die Verabschiedung des neuen Ausländergesetzes. Darin heißt es u.a.: „Es soll zweierlei Sozialrecht geben. Zunächst für Flüchtlinge. Wo soll die Zweiklassenbehandlung weitergehen, bei Rentnern, bei Arbeitslosen, allgemein bei sozial Schwächeren?“ Die IGM Ulm ruft ihre ausländischen Mitglieder auf, noch vor Inkrafttreten des Gesetzes im Januar 91 die Aufenthaltsberechtigung zu beantragen und bietet ihre Unterstützung dabei an. Auch die Stadtverwaltung Ulm werde eine Aktion starten, damit die ausländischen Einwohner noch in diesem Jahr eine Aufenthaltsberechtigung beantragen. Das gab der Ausländerbeauftragte in der Sitzung des Ausländerbeirats der Stadt Ulm am 15. Mai bekannt. — (elr)

## REP-Provokation durchkreuzt und Veranstaltung verhindert

**Köln.** Die national-revolutionären Kölner Republikaner kündigten Anfang April eine Wahlkampfveranstaltung am 8.5. — dem Tag der Befreiung — ohne Angabe von Ort, Zeit, Redner und Thema an. Ziel der Veranstaltung sollte das Eingreifen der Polizei gegen „Randalierer“ sein. Das Antifaschistische Forum ließ sich durch diese Strategie nicht provozieren und meldete eine Kundgebung an, mit dem Hinweis, daß die Veranstaltung eventuell noch an den zu erfahrenen Ort der REP-Veranstaltung verlegt würde. Es forderte den Regierungspräsidenten auf, die REP-Provokation zu unterbinden. 600 Leute kamen zur Kundgebung. Die Veranstaltung der REP wurde abgesagt. — (jöd)



**Bielefeld.** Zehn türkische Studentinnen und Studenten führten an der Universität einen Hungerstreik gegen die neuen Ausländergesetze durch. Sie sammelten im Verlauf der zweiwöchigen Aktion 5000 Solidaritätsunterschriften, die Bundesinnenminister Schäuble bei seinem Wahlkampfauftritt am 11. Mai übergeben wurden. — (stb)

## Boykott an Kölner Schulen

Aktionen gegen das menschenfeindliche Ausländergesetz

**Köln.** Am 11.5., dem Tag, an dem das Ausländergesetz im Bundesrat verabschiedet wurde, beteiligten sich rund 2000 Schüler und Studenten an Unterrichtsboykotten. Der TÖD (Verein der StudentInnen aus der Türkei) hatte mit einem Flugblatt, das viele Jugendverbände und Schülervertretungen mit unterzeichnet hatten, unter dem Motto „Boykottiert Rassismus — Weg mit dem Ausländergesetz!“ zu einem Boykott an Kölner Schulen und an der Uni Köln aufgerufen. Wir berichten kurz aus den einzelnen Schulen und der Uni-Köln: **Gesamtschule Chorweiler:** Über 500 ausländische und deutsche Schüler versammelten sich am frühen Morgen auf dem Schulhof und machten ihren Boykott durch ein Transparent deutlich. Die Boykottaktion wurde von vielen Lehrern und der Schulleitung sogar mit unterstützt. Die Schulleitung gab sogar die Erlaubnis, durch die Lautsprecheranlage der Schule die Schüler in den jeweiligen Klassen zum Boykott aufzurufen. Auf dem Schulhof wurde eine Ansprache der Antifaschistischen Schülergruppe Chorweiler und der TÖD gehalten, die auf die menschenfeindlichen und rassistischen Hintergründe des Ausländergesetzes aufmerksam machten. Mit Parolen wie „Hopp, Hopp, Hopp — Ausländergesetz stop!“ tanzten die Schüler mit Musik aus der Türkei (Davul-Zurna)

auf dem Schulhof. Zuletzt wurde eine kurze Demonstration durch die ganze Schule durchgeführt.

**Hauptschule Porz** Hier wollten rund 100 Schülerinnen und Schüler gegen das Ausländergesetz boykottieren, nur die rechts eingestellte Schulleitung, die anscheinend kein Verständnis für solch eine Boykottaktion zeigte, rief die Polizei, ohne die Schülerinnen und Schüler anzusprechen.

**Deutsch-Kurs der Uni-Köln Studienkolleg Köln** Rund 300 ausländische Studentinnen und Studenten des Deutsch-Kurses boykottierten an diesem Tag den Unterricht bis auf eine Unterrichtsstunde für alle Klassen aus. Trotz Drohung der Lehrer boykottierten am Studienkolleg ca. 400 ausländische Studentinnen und Studenten. Bei zwei Demonstrationen versammelten sich die Studentinnen und Studenten auf dem Albertus-Magnus-Platz vor dem Hauptgebäude der Uni. Danach wurde eine Kommission gebildet, die den Rektor der Uni Köln zu einer Stellungnahme aufforderte. Die Antwort des Rektors blieb peinig.

Am 15.5. führten etwa 400 Schüler der Gesamtschulen Holweide und Höhenhaus eine spontane Demonstration gegen das Gesetz in der Innenstadt durch. — (Cem, DIF)

## BASF: Zwanzig-Millionen-Fest

Vertrauensleuteversammlung fordert 10 Prozent mehr Lohn

**Ludwigshafen.** Die BASF läßt sich den Kampf um die Köpfe schon etwas kosten. Nicht zwei Millionen wie in den Politischen Berichten Nr. 9 irrtümlich berichtet wurde, sondern 20 Millionen DM kosten die 125 Jahr-Feiern, davon werden 9 Millionen allein für einen Bildband über die Herrlichkeiten der BASF in aller Welt für 300000 „Freunde“, Beschäftigte und Pensionäre ausgegeben. Ob des Pops allein am Hauptjubiläumstag, dem 6.4.90, mit eigens komponierter BASF-Fanfare und Jubiläums-Potpourri, eingeflogenen Orchester aus London, 60 Hostessen im speziell designten Jubel-Look und vielem mehr, waren die Kosten in der Öffentlichkeit wesentlich höher geschätzt worden. („Fast bescheiden nehmen sich dagegen die Fakten aus“, BASF-Ton)

Für 3 Millionen wird der Stadt eine Kindertagesstätte gestiftet mit der Auflage, daß dort 50% der Plätze mit BASF-Kindern belegt werden. Die laufenden Unterhaltskosten hat die Stadt zu tragen. 1,3 Mio. DM gehen an kirchliche, kulturelle, karitative Einrichtungen, Unis, Schulen und Vereine. Darüber hinaus sorgen ein großes wissenschaftliches Symposium und zusätzlich ein Jubiläumsbonus an die Belegschaft, gekoppelt an Gehalt und Betriebszugehörigkeit, von insgesamt 93 Millionen DM dafür, daß in weiten Bevölkerungs-

kreisen das Wohlergehen eines Riesenkonzerns als wünschenswert und segensreich für jeden betrachtet werden kann. Bei all den guten Taten darf der BASF-Vorstand bei der Festrede den Wunsch an die Stadt richten, „daß der Hebesatz der Gewerbesteuer keine heilige Kuh sein sollte“, ohne in der Presse Befremden auszulösen.

Die BASF kann zugleich das beste Ergebnis ihrer Firmengeschichte feiern. Der Jahresüberschuß der BASF AG in Ludwigshafen erhöhte sich in 1989 von 1,184 Milliarden DM auf 1,398 Mrd. DM, also um 18%, in der BASF-Gruppe (mit Tochtergesellschaften im In- und Ausland) von 1,41 Mrd. DM auf 2,015 Mrd. DM nach Steuern und Anteilen Dritter. Besonders hohe Zuwachsraten erzielte man in Brasilien. Ihr Umsatz beträgt etwa ein Fünftel des Bundeshaushalts von 1989 (ca. 48 Milliarden DM). Für die 50 DM-Aktie wird 1990 eine Dividende von 13 DM plus 1 DM Jubel-Bonus ausgeschüttet, insgesamt gehen 798 Millionen DM an die Aktionäre. 1989 lag die historische Rekorddividende bei 12 DM (684 Mio. DM).

Auf der Vertrauensleuteversammlung wurde eine Forderungsempfehlung von 10% an die Tarifkommission der IG Chemie beschlossen, nur ganz knapp unterlegen waren diejenigen, die 12% gefordert hatten. — (ede)

### Tödliche Folgen der Privatisierung

**Stuttgart.** Forstminister Weiser gab jetzt bekannt, daß beim Aufräumen der Sturmschäden in den Wäldern Baden-Württembergs bisher 1499 Unfälle passierten, davon acht tödliche, überwiegend in den kommunalen und privaten Forsten. Die mit dieser Unfallbilanz verbundene Mahnung des Ministers an Spaziergänger zu weiterhin erhöhter Vorsicht im Wald erweckt den Eindruck von unberechenbarer Natur, dabei liegen die Unfallursachen aber ganz im Berechenbaren. Immer weniger beschäftigen die Gemeinden ausgebildete und festangestellte Waldarbeiter, die die gefährliche Arbeit beherrschen, stattdessen Leihfirmen, die meist ausländische Arbeiter, vor allem aus Jugoslawien, anheuern. Unter Termindruck gesetzt, haben manche Firmen sogar nachts im Wald arbeiten lassen. — (alk)

### Erzieherinnen demonstrieren für bessere Arbeitsbedingungen

**Mainz.** Die katholische Erziehergemeinschaft (KEG) Landesarbeitsgruppe Rheinland-Pfalz rief für den 5.5. zu einer Demonstration für die Beschäftigten in den Kindergärten auf. Es beteiligten sich nach Angaben der Initiatoren 1300 Erzieherinnen und Erzieher, bei der anschließenden Podiumsdiskussion waren etwa 800. Der Demonstration ging eine Unterschriftensammlung u.a. für folgende Forderungen voraus: Gesetzliche Festlegung der Verfügungszeiten für alle pädagogischen Mitarbeiter — Bessere und angemessene Vergütung für alle Bereiche im sozialpädagogischen Arbeitsbereich — Eine zweite Vollzeitkraft für jede Kindergartengruppe — Herabsetzung der Gruppenstärke. — (tis)



**Köln.** IG Medien und Deutscher Journalisten-Verband (DJV) haben die Verhandlungen über Lohn, Arbeitszeit und einen Ausbildungsstarf für Journalisten abgebrochen. Die Gewerkschaften rufen weiter zu Warnstreiks der Redaktionen auf. Der Bundesverband Deutscher Zeitungsverleger behauptet nun in Anzeigen, die Gewerkschaften wollten 56 Urlaubstage im Jahr. Dabei zählt er freie Wochenenden mit. — (uld)

## Liste „Alternative“ gewerkschaftsschädigend?

Kandidatur der zweiten Liste macht Mängel der BR-Arbeit der IG Metall bei BMW sichtbar

**München.** Gegen die Kandidaten der Liste „Alternative“ bei BMW in München ist nach § 11 der IG Metall-Satzung ein Untersuchungsverfahren zur Feststellung von gewerkschaftsschädigendem Verhalten eingeleitet worden. Die

Untersuchungskommission müßte eigentlich zu dem entgegengesetzten Ergebnis kommen, wie im folgenden Artikel belegt wird. Nach Satzung kann die Kommission die Einstellung des Verfahrens empfehlen.

Auf der Betriebsversammlung bei BMW in München am 23.4. nannte der Betriebsratsvorsitzende Schoch als wichtige Aufgabe die Erhöhung der Löhne der Fertigungsarbeiter, die der Betriebsrat in der neuen Amtsperiode durchzusetzen habe.

Dies ist ein Erfolg der Kandidatur der Liste „Alternative“ zur letzten Betriebsratswahl, einer zweiten Liste aus dem IG Metall-Bereich, die sich vor allem als Interessensvertreter der Fertigungsarbeiter versteht und in Hallen, wo deren Kandidaten persönlich bekannt sind, hohe Stimmenanteile bekam.

Bei der Arbeit des alten Betriebsrats waren besser bezahlte Angestellte Hauptnutznießer der durchgesetzten Betriebsvereinbarungen. An den Fließbändern dagegen herrscht große Unzufriedenheit mit der Betriebsratsarbeit. Dort fährt das BMW-Kapital massiv Angriffe gegen die Arbeiter, z.B. Leistungsverdrückung durch das neue Akkordsystem MTM, Verschärfung des Drucks auf Kranke durch Einführung einer Betriebskrankenkasse, Verlagerung der Produktion in andere Werke, wo die

Löhne niedriger sind. Diese Angriffe hat der alte Betriebsrat allenfalls gedämpft, statt die Gegenwehr zu organisieren.

Das Wahlergebnis hat diesen Mangel der Betriebsratsarbeit sichtbar gemacht und gibt auch der offiziellen IG Metall-Liste die Möglichkeit zur Korrektur. Nur so kann verhindert werden, daß sich die IG Metall von der Beschäftigtengruppe, in der sie die meisten und aktivsten Mitglieder hat, entfremdet.

Die IG Metall hätte also allen Grund, sich bei den Kandidaten der Liste „Alternative“ zu bedanken. Stattdessen wurde auf Antrag der VK-Leitung ein Untersuchungsverfahren zur Feststellung von gewerkschaftsschädigendem Verhalten eingeleitet. Ein Ruhen der Funktionen, von dem in der letzten Ausgabe dieser Zeitung irrtümlich berichtet wurde, ist glücklicherweise nicht beantragt worden.

Wie sich das Verhältnis zwischen den Listen im Betriebsrat entwickeln wird, ist schwer vorherzusehen. Mitglieder beider Listen beteiligten sich an der Organisierung des Warnstreiks, der notwendig wurde, um in Bayern einen schlechteren Abschluß als in den ande-

ren Tarifbezirken zu verhindern.

Die Liste „Alternative“ machte zudem das Angebot, auf freigestellte Betriebsräte zu verzichten bei kooperativer Zusammenarbeit in Zukunft und Einstellung der Untersuchungsverfahren. Dies lehnte die offizielle IG Metall-Liste ab, obwohl doch das wichtigste Argument gegen die zweite Liste widerlegt wurde, daß nämlich deren Kandidatur nur der Karriere der Listenführer dienen sollte. Diese Ablehnung war offensichtlich nicht unumstritten — die Kräfte, die Konfrontation im Betriebsrat wollen, haben sich aber durchgesetzt.

Es bleibt zu hoffen, daß die Liste „Alternative“ sich nicht in diese Rolle drängen läßt, sondern z.B. die geplante Erhöhung der Löhne der Fertigungsarbeiter kritisch unterstützt und insbesondere zu verhindern versucht, daß sie erlaubt wird mit weiterer Leistungsverdrückung.

Diese Gefahr besteht, da an den Bändern derzeit die Qualitätskontrolle wagrationalisiert wird und die Arbeiter sich stattdessen selber kontrollieren sollen, verbunden mit der Einführung von Prämienlohn. — (mu)

### BAG verbietet Umsetzung in eine andere Abteilung

**Elmshorn/Kassel.** Mit Hinweis auf Verstoß gegen den Manteltarifvertrag verweigerte der Betriebsrat der Druckerei Emil Koch seine Zustimmung, einen Schriftsetzer in die Buchbinderei zu versetzen. Sowohl das örtliche Arbeitsgericht, das LAG in Kiel wie nun auch das BAG in Kassel entschieden gegen die Druckerei, die vom Arbeitgeberverband Druck unterstützt wurde. Danach ergibt die Auslegung der tariflichen Besetzungsregelung, daß Facharbeiten in den einzelnen Bereichen grundsätzlich von Fachkräften der jeweiligen Sparte auszuüben sind. Das BAG sieht in dieser fachlich orientierten Arbeitsteilung „nicht nur die Interessen des Arbeitgebers an einer fachgerechten Ausführung der Facharbeiten geschützt, sondern auch die Nichtfachkräfte vor einer Überforderung“. — (sip)

### Gewerkschaften für Berlinförderung

**Westberlin.** Die Bundesregierung will die sogenannte Zonenrand- und Berlinförderung abschaffen. Damit sollen zusätzliche Milliarden für die Finanzierung der „deutschen Einheit“ erschlossen werden. Die Berlinförderung umfaßt derzeit neben umfangreichen Umsatzsteuervorteilen für in Westberlin ansässige Unternehmen auch eine Arbeitnehmerzulage in Höhe von acht Prozent des Bruttoeinkommens. Der Wegfall der sogenannten Berlin-Zulage würde für einen durchschnittlichen Arbeitnehmerhaushalt mit zwei Einkommen etwa einen 700 DM Nettoeinkommensverlust pro Monat bedeuten. Der Westberliner DGB und die IG-Metall haben energisch protestiert. Der 1. Bevollmächtigte, Manfred Foede, erklärte für die IG-Metall: Das Westberliner Lohnniveau liegt deutlich unter dem vergleichbarer Ballungsgebiete. Zudem ist ein rigoroser Arbeitsplatzabbau infolge der oftmals veralteten Anlagen in Westberlin zu erwarten. — (brr)

### GEW plant Streik gegen größere Klassen

**Westberlin.** 5000 Grundschüler waren es in diesem Jahr mehr, im kommenden Schuljahr wird ein Zuwachs von weiteren 7000 erwartet. Schulsensorin Volkholz will 220 Lehrer einstellen und 220 Stellen durch Umschichtung gewinnen. Damit soll die gemeinsame Schulerziehung von behinderten und nichtbehinderten Kindern zusätzlich ermöglicht werden. Klassenfrequenzerhöhungen und Kürzung um je eine Stunde in der fünften und sechsten Klasse sind Bestandteil des Konzepts. Die GEW will gemeinsam mit Eltern Aktionen gegen die Verschlechterungen durchführen und plant einen zweistündigen Warnstreik gegen die Mehrbelastungen der Lehrer. — (chk)

## Wohnungsversorgung

Ergebnisse der Volkszählung in Hamburg

**Hamburg.** Im April 1990 hat das Statistische Landesamt Hamburg die ersten Ergebnisse der Gebäude- und Wohnungszählung 1987 in „Hamburg in Zahlen“ veröffentlicht. Die veröffentlichten Ergebnisse beschränken sich auf die Gesamtstadt und einzelne Haushaltstypen. Dennoch läßt auch diese Begrenzung bereits Rückschlüsse auf Differenzierungsprozesse der letzten 20 Jahre zu.

Die Statistik hält zunächst an der alten Zählweise fest: Jedes Loch über 6 qm und jede Küche/Kochnische wird als Raum gezählt. Zwei Drittel aller Hamburger Wohnungen sind 3- bis 4-Raum-Wohnungen, also Zwei- bis Drei-Zimmer-Wohnungen mit Küche/Kochnische. Über 90% aller Wohnungen in Hamburg haben weiter über Bad/Dusche und 77,4% über eine Sammelheizung verfügt.

Zunächst stellen die Statistiker einen Nettozugang von 17,1% Wohnungen im Vergleich zu 1968 fest bei einem gleichzeitigen Bevölkerungsrückgang von 7%. Die gravierendste Änderung: Von 1968 auf 1987 hat die Zahl der Einpersonenhaushalte von 29% auf 46,5% zugenommen. Entsprechend sank die durchschnittliche Haushaltsgröße von 2,4 auf 1,9 Personen. In jedem vierten dieser Haushalte ist der Bewohner unter 30 Jahre alt.

Weiter wird ein deutliches Wachstum der jeder Person zur Verfügung stehenden qm-Zahl konstatiert. Im Vergleichszeitraum stieg die durchschnittliche qm-Zahl, die jeder Person eines Haushaltes zur Verfügung steht, von 24,3 qm auf 34,3 qm. Allerdings profitieren hier die Besitzer von Ein-/Zwei-Familienhäusern oder Eigentumswohnungen erheblich überproportional: von 28 qm auf 40 qm je Person.

Weiter errechnen die Statistiker einen durchschnittlich üblichen Standard, was die Belegung von Wohnungen und die Ausstattung angeht, und müssen dabei erhebliche Unterversorgungsprobleme feststellen. Am krassen sind Familien mit 4 Personen betroffen. Hier gelten nur 36,5% als durchschnittlich, dagegen 39,8% als unterdurchschnittlich und 23,8% als überdurchschnittlich mit Wohnraum versorgt. In Eigenheimen dagegen sind knapp 50% überdurchschnittlich und nur 10% unterdurchschnittlich mit Wohnraum versorgt. Weitere krasse Unterversorgung wird bei der Ausstattung festgestellt: Gerade in der Altersgruppe der unter 30jährigen muß sich jeder Dritte mit Wohnungen zufriedengeben, die kein Bad/Dusche und/oder keine Sammelheizung haben. Bei den Arbeiterhaushalten sieht es nicht besser aus: Jedem vierten, bei ausländischen Arbeiterhaushalten sogar jedem dritten Haushalt fehlt es an Bad/Dusche und/oder Zentralheizung.

Mit einem weit verbreiteten Vorurteil räumt die Untersuchung auch auf. Angeblich sind es gerade die Rentnerhaushalte oder die Witwenhaushalte, die in großen Wohnungen hocken und jungen Familien den Platz klauen. Das stimmt nach den Angaben des Statistischen Landesamtes nur ganz begrenzt. Nur diejenigen über 65 Jahre alten Menschen, die in Eigenheimen oder Eigentumswohnungen leben, sind extrem mit Wohnraum übersorgt, weil sie sich nach Zusammenbrechen der Familien auch von ihrem Eigentum gleichzeitig trennen müßten. Sonst ist diese Gruppe gerade mal durchschnittlich mit Wohnraum versorgt. Dies ist mit Sicherheit ein Ergebnis der Modernisierungsmaßnahmen der letzten 15 Jahre, die gerade alte Menschen oft die Wohnungen gekostet haben, und der Mietsteigerungen, die von Renten nicht aufgefangen werden konnten.

Zusammengefaßt stellt die Auswertung der Volkszählung erhebliche Unproportionalitäten auf dem Wohnungsmarkt fest. Unterversorgung mit ausreichend großem und ausreichend ausgestatteten Wohnraum vor allem für die ärmeren und jüngeren Einwohner Hamburgs. Da ist aber dann auch die Grenze der Durchschnittsrechnung erreicht. Tatsächlich kommt es eher darauf an, sich die einzelnen Stadtteile näher anzusehen. Dort konzentrieren sich die schlechten Standards zur Normalscheinung. Und dort setzt ein erheblicher Verdrängungsprozeß ein. Offiziell gibt es in Hamburg über 35 000 wohnungslose Menschen. Hinzuzurechnen sind all diejenigen, die aufgrund von Veränderungen z.B. der Familiensituation oder des Einkommens andere Wohnungen brauchen, sie aber auf dem Markt nicht mehr finden. Das wirkt sich deutlich spürbar auch auf Wohnviertel mit einfachem Standard aus. Ein normales 1943 gebautes Viertel mit ca. 400 Wohnungen einfachster Ausstattung und niedrigen Mieten, aber mit guter Verkehrsanbindung in Hamburg-Bramfeld wird langsam, aber gründlich durch die Besitzer umgekrempelt. Deutliche Veränderungen sind in nur vier Jahren zu verzeichnen. Während für die alten Mieter die Mieten für die kleinen 58 qm Wohnungen noch bei 420 DM teils inklusive liegen, kosten die Wohnungen im Neuvermietung jetzt bereits bis zu 700 DM kalt. Die Allianz vermietet nun noch an Familien, neun von zehn Vermietungen in einer Straße gehen an Einpersonenhaushalte. Gleichzeitig finden Familien mit kleinen Kindern, die länger im Viertel wohnen, keinen bezahlbaren größeren Wohnraum mehr und drängen sich mit zwei, oft drei Kleinkindern in den winzigen Dreizimmerwohnungen. — (mek)





**München.** Zur Mobilisierung für die zentrale Demonstration gegen den § 218 am 18.6. in Bonn fand am 19.5. auf dem Münchner Marienplatz eine Kundgebung statt, an der etwa 300 Menschen teilnahmen. Die Stimmung war gut, besonders bei einer Pantomime, in der eine Münchner Frauen-Theatergruppe drastisch vorführte, wie mühselig und demütigend ein Schwangerschaftsabbruch in Bayern ist. — (chh)

## Aus Ländern und Gemeinden

### Schulboykott wegen Unterrichtsausfall

**Frankfurt.** Dem Aufruf des Elternbeirates der P-Hindemith-Schule, am 10.5.90 den Unterricht zu boykottieren, folgten ca. 850 Schüler der Ganztageschule in Frankfurt-Gallus. Viele Eltern der an der Schule zahlreichen ausländischen Kinder beteiligten sich an der Aktion. Das Lehrerkollegium erklärte sich mit Schülern und Eltern solidarisch. Mindestens 10 Pädagogen fehlen, vor allem in den polytechnischen Fächern sowie im Kunst- und Sportunterricht — lt. Schulleiterin A. Tröschler besonders wichtig als Ausgleich zu den kognitiven Fächern. Wöchentlich müssen 280 Unterrichtsstunden gestrichen werden. Alle Interventionen beim Schulamt, ungezählte Telefonate mit dem Kultusministerium seien bislang vergeblich gewesen, teilte die stellvertretende Elternbeiratsvorsitzende, R. Pfeiffer, mit. Der GEW-Bezirksvorstand veröffentlichte eine Solidaritätsadresse mit den Boykottierenden und stellte fest, daß die Unterversorgung mit Lehrkräften dieser in einem Stadtteil mit hohem Ausländeranteil, 1985 gegründeten Ganztageschule kein Zufall sei.

(Quelle: FR, 15. Mai 1990, S. 19) — (zem)

### 6 000 demonstrierten für bessere Kita-Versorgung

**Hannover.** „Erst Memmingen — dann kein Kitagesetz“, kleinere Gruppen, bessere Bezahlung der Erzieherinnen waren unter anderen die Parolen der Demonstration der über 6000 Kinder, Eltern und Erzieher am 4.5.90. In der Kundgebungsrede kündigte die ÖTV an, daß es in diesem Bereich zu Streiks kommen werde, falls sich nach den Landtagswahlen die Situation nicht verbessere. Das Kitafachprogramm der Stadt Hannover, das in den bestehenden Einrichtungen keine Verbesserungen vorsieht, wurde als völlig unzureichend kritisiert. Für ein Kindergartengesetz haben sich im Wahlkampf sowohl die Grünen als auch die SPD eingesetzt. Auf die Koalitionsverhandlungen sind deshalb viele gespannt. — (rec)

### Veranstaltung der Republikaner verhindert

**Soltau.** Am 4.5. wollten die Republikaner im Ratscafé in Walsrode eine Wahlveranstaltung mit ihrem Kreisvorsitzenden Wienrich und dem berüchtigten Kurt Vajen durchführen. Aus dem Treffen wurde nichts. Schon auf einer am Vorabend im Ratscafé stattfindenden ÖTV/DGB-Veranstaltung gegen das neue Ausländergesetz wurde gegenüber dem Inhaber darauf gedrängt, die Raumzusage zurückzunehmen. Eine Mobilisierung von Antifaschisten im Kreis begann. Am 4.5. intervenierte dann noch der DGB-Kreisvorsitzende beim Besitzer des Ratscafés. Dieser entschied daraufhin, den Republikanern keinen Raum zu geben. Gut 80 Antifaschisten demonstrierten dann am geplanten Veranstaltungsabend durch Walsrode. Parolen waren u.a.: „Keine Faschisten in den Landtag“, „Nazis raus“. An der Demonstration und der abschließenden Kundgebung vor dem Jugendzentrum beteiligten sich sehr viele Kurden. Sie wiesen in der Kundgebung noch einmal auf den Zusammenhang der Bekämpfung des Faschismus hier und des Befreiungskampfes in Kurdistan hin. — (am)

### Roma fordern Niederlassungsrecht

**Hannover.** Etwa 160 Roma aus Niedersachsen und Bremen fordern mit einem „Bettelmarsch“ nach Bonn ihr Niederlassungsrecht ein. Die Bundesländer Bremen und Niedersachsen lassen selbst eine „Duldung“ der Roma nicht zu. Die Roma verlangen ihre Anerkennung als ethnische Minderheit und die Anwendung des von der EG beschlossenen Niederlassungsrechts als Staatenlose. Gegenwärtig werden sie gezwungen, Asylanträge zu stellen, die in aller Regel abgelehnt werden. Danach droht ihnen die Abschiebung. Sollte Bonn nicht tätig werden, wollen die Roma den „Bettelmarsch“ fortsetzen, um auf das „romafeindliche Verhalten der Bundesregierung“ aufmerksam zu machen. — (gec)

### CDU-Kundgebung gegen Verkehrspolitik

**Westberlin.** 3500 kamen nach Polizeiangaben zur aufwendig von der CDU angekündigten „Großkundgebung“ gegen die Verkehrspolitik des Senats. Tempo 100 auf der Avus und die Ausweitung der Zonen mit Tempo 30 wurden vor allem kritisiert. CDU-Generalsekretär Landowsky sagte, die Verkehrspolitik des Senats sei von Schikane gekennzeichnet, der Senat wolle die Autofahrer nur in die dreckigen Busse und Bahnen schieben. Im Gespräch mit Ost-Berlinern hätten sich nur zwei Ziele gezeigt: „Die Leute wollen im Süden Urlaub machen und ein richtiges Auto fahren“. — (chk)

### Grüne mit Reps in Ausschüssen — gestoppt!

**Schweinfurt.** Bei der Konstituierung des Schweinfurter Stadtrats sind die zwei (erstmal in den Rat gewählten) Grünen-Vertreter eine Ausschußgemeinschaft (nach Bayerischer Gemeindeordnung möglich) mit dem einzigen FDP-Stadtrat eingegangen, um in den Ausschüssen einen Sitz zu erhalten. Die SPD ließ von ihrem ursprünglichen Vorhaben, die Zahl der Ausschußsitze zu verringern, um so den Einzug von Grünen/FDP in die Ausschüsse zu verhindern, ab. Allerdings sitzen im Ältestenausschuß, der vom OB über wichtige Vorgänge informiert werden muß, nur Vertreter von SPD und CSU. Im Kreisrat des Landkreises Schweinfurt sind die ebenfalls erstmals gewählten drei Grünen-Vertreter eine Ausschußgemeinschaft mit FDP und Reps eingegangen, um Ausschußsitze zu erhalten. Nachdem der Kreisverband Schweinfurt der Grünen sich öffentlich davon distanzierte, haben die Grünen-Kreisräte die Ausschußgemeinschaft mit den Reps umgehend aufgekündigt. Die Grüne-Stadtratsliste hatte im Gemeindevorstand den Antrag der Liste Kommunalpolitik von unten auf Nichtzulassung der Reps übernommen und gegen das lokale Wahlprogramm der Reps Strafanzeige gestellt wegen Volksverhetzung, Beleidigung usw. Die alternative, linke Liste Kommunalpolitik von unten stellt zwei Kandidaten auf der Grünen-Liste zum unterfränkischen Bezirkstag. Die Schweinfurter Grünen hatten sie auf der Nominierungsversammlung der Grünen vorgeschlagen. Kommunalpolitik von unten wird ein eigenständiges Wahlprogramm entwickeln. — (cls)

# Verfassungsschutz und Polizeiaufgaben

CSU will geheimdienstgestützte Personalpolitik der Konzerne legalisieren und verschärfen

**München.** Die Bayerische Staatsregierung plant erneut eine Verschärfung des Polizeiaufgabengesetzes (PAG) und des Verfassungsschutzgesetzes. Die letzte Änderung des PAG trat am 1. April 1989 in Kraft. Damals hat die Bayerische Staatsregierung in einem Eilverfahren das sogenannte „Unterbindungsgewahrsam“ auf bis zu zwei Wochen ausgedehnt und die Generalklausel im Polizeiaufgabengesetz — zu den Umständen, die eine Inhaftierung einer Person rechtfertigen — wurde um einige Konkretisierungen verschärft. Das „Aktionsbündnis gegen Unterbindungsgewahrsam“, das von den Grünen, SPD, ÖTV, Initiative Bayerischer Strafverteidiger, Kritische Polizisten, Humanistische Union, Richter und Staatsanwälte für den Frieden und in der ÖTV, Vereinigung demokratischer Juristen unterstützt wird, hat über 50 000 Flugblätter gegen diese Gesetzesänderung verteilt. Im Januar 1989 veranstaltete die Landtagsfraktion der Grünen eine Anhörung zum Polizeiaufgabengesetz, bei der auch Richter und Polizisten den bayerischen Gesetzentwurf kritisierten.

Der gleiche Kreis von Organisationen hat sich jetzt in einem Aktionsbündnis „Wer schützt uns vor dem Staatsschutz“ zusammengeschlossen und Anfang Mai 1990 eine Pressekonferenz und eine öffentliche Diskussionsveranstaltung durchgeführt, wo die Ausdehnung der staatlichen Schnüffelei, insbesondere die längerfristige Observation, Bild- und Videoaufnahmen, Abhören von Telefonen, Spitzeleinsatz, Wanzen und Kameras in Privatwohnungen kritisiert wurden. In einem Einladungsflugblatt wird u.a. auf die zunehmende Kollaboration

von Verfassungsschutz, Polizeibehörden und Personalabteilungen in großen Betrieben hingewiesen und auf die Zusammenarbeit mit ausländischen Geheimdiensten zur Unterdrückung anti-imperialistischer Bewegungen:

„Die Bayerische Staatsregierung plant den gläsernen Bürger! Der Verfassungsschutz kann zukünftig bei jeder Behörde, jeder Anstalt, jedem Gericht und jeder Gemeinde anfragen, was über Sie vorliegt (Art. 9 des VS-Gesetzentwurfes). Diese werden sogar verpflichtet, „Erkenntnisse“ über Sie von sich aus mitzuteilen. Im Prinzip heißt das: Jeder Beamte ein Spitzel! Und was dem Verfassungsschutz recht ist, ist der Polizei nur billig: Bei der Rasterfahndung (Art. 28p des PAG-Entwurfes) soll die Polizei zukünftig den Zugriff auf die Datenbanken anderer öffentlicher und nichtöffentlicher Stellen erhalten — die Staatsregierung führt als Beispiele die Banken, Elektrizitätswerke, Kranken- und Rentenversicherungen an. ... Die Weitergabe an „nichtöffentliche Stellen“ ist in beiden Gesetzentwürfen ausdrücklich vorgesehen (Art. 12 VS- und Art. 28m PAG-Entwurf. ... Selbst ausländische Mächte kommen in den Genuß der Bayerischen „Erkenntnisse“, wenn dies in deren Sicherheitsinteresse liegt (Art. 12 Abs. III VS-Entwurf). ...“

Bei der Pressekonferenz des Aktionsbündnisses wies der Landtagsabgeordnete Hartmut Bäumer (Die Grünen) darauf hin, daß mit diesen Gesetzesänderungen die nachträgliche Legalisierung der umstrittenen Sicherheitsüberprüfungen von Siemens-Mitarbeitern durch den Verfassungsschutz geplant sei. Ende 1987 hat das Arbeitsgericht

München festgestellt, daß die Firma Siemens Regelanfragen beim Verfassungsschutz nicht auf alle Beschäftigten ausdehnen dürfe. Nicht betroffen von dieser Entscheidung des Gerichts war das Recht der Konzerne, in ausgewählten, genau eingegrenzten Bereichen (Rüstung, Atomindustrie) nach den Richtlinien des Bundeswirtschaftsministeriums Überprüfungen vornehmen zu lassen. Die IG Metall München hat damals den Prozeß des Siemens-Betriebsrates unterstützt.

Mitte Mai fand im Bayerischen Landtag die erste Lesung der geplanten Änderung des Polizeiaufgabengesetzes statt. Von der CSU-Mehrheit wurde der Gesetzentwurf zur Behandlung in die Ausschüsse verwiesen. Der SPD-Sicherheitsexperte Gantzer sagte, daß die Polizei in der Geschichte immer ein Instrument der Mächtigen gewesen sei. Mit der Ausweitung des PAG werde die Polizei für alles — von der Wiege bis zu Bahre — zuständig. Von CSU-Politikern werden diese Gesetzesinitiativen auch als Beitrag gesehen für eine „Konzeption für Polizei in einem geeinten Deutschland“. So berichtet das Bulletin der Bayerischen Staatsregierung von der 7. Sicherheitstagung des Bayerischen Verbandes für Sicherheit in der Wirtschaft e.V., die am 25. April 1990 stattfand. Dort hat der Staatssekretär im Innenministerium Beckstein erklärt, daß die staatlichen Maßnahmen „Hand in Hand“ gehen müssen mit Bemühungen der Wirtschaft.

Quellen: Bayer. Staatszeitung Nr. 20, SZ vom 7. Mai, Bulletin 9/90, Drucksache 11/4928, Senats-Drucksache 11/90, Presseerklärungen, Grüne Zeiten 1/2/89, Neues München — Zeitung der DKP, 2/87 — (dil)



Eine Anfrage des Landtagsabgeordneten Hans-Günther Schramm (Die Grünen) hat ergeben, daß von insgesamt 3 326 Ermittlungsverfahren im Zusammenhang mit dem Widerstand gegen die WAA — selbst nach dem Urteil von Gerichten — 81,5 Prozent völlig zu Unrecht von der Polizei verdächtigt, belästigt und in ihren demokratischen Rechten beschnitten worden sind.

## Gegen Gängelung durch Konzerne

Vereinbarungen von SPD und Grünen nach den Stadtratswahlen in München

**München.** Am 2. Mai 1990 begann die neue Amtsperiode des Münchner Stadtrats. Es besteht allerdings kein Grund, über die „drastische Abfuhr“ für die CSU mit einem Verlust von zehn Stadtratsmandaten in größeren Jubel zu verfallen. Denn erstmals konnten Faschisten mit einer relativ großen Fraktion in den Stadtrat einziehen und die wirtschaftsliberale FDP — die ein Vorreiter für Privatisierungen, Abschaffung der Gewerbesteuer, Dienstleistungsabund usw. ist — konnte sich stabilisieren. Politisch bedeutet dies auch ein Zuwachs an Kräften, die für eine Brutalisierung der Gesellschaft eintreten, um imperialistische Zielsetzungen der herrschenden Kapitalistenklasse durchzusetzen.

Die ersten Reaktionen von der CSU und den Kapitalistenverbänden in der Münchner Lokalpresse lassen ebenfalls vermuten, daß die Konfrontation zwischen der Stadt und Freistaat Bayern/

Zentralstaat BRD zunehmen werden. So erklärte der CSU-Vorsitzende Theo Waigel nach einer Sitzung des CSU-Landesvorstandes, daß dieses Münchner Bündnis nicht die Kraft aufbringen könne für die „wichtigen Entscheidungen“.

Der Münchner CSU-Vorsitzende und Innenstaatssekretär Gauweiler hat in einem Bayernkurier-Beitrag Maßnahmen der staatlichen Aufsicht angedroht, wenn die Fortentwicklung zu einer Weltmetropole ins Stocken kommen sollte. CSU-Finanzminister Tandler nennt Forderungen nach besserer Finanzausstattung „Erpressung“ des Freistaats.

Nach wie vor weigert sich die Staatsregierung, eine kommunale Auffanggesellschaft für die Neue Heimat-Wohnungen zu unterstützen. Diese Forderung, die in der Vereinbarung von SPD und Grünen berücksichtigt wurde, besteht auch nach dem jetzt abgeschlos-

senen Kauf durch Alfons Dobliger:

„... Ebenso unverzichtbar ist die Mitwirkung des Freistaats, damit eine kommunale Auffanggesellschaft mit seiner Hilfe die 14 700 Münchner NH-Wohnungen dauerhaft als preiswerten Wohnraum erhält. Alle anderen Instrumente zur Erhaltung preiswerten Wohnraums sind bis an die Grenze des rechtlich zulässigen und finanziell möglichen auszuschöpfen ...“

Die Kapitalistenverbände wollen Eingriffe in die Eigentumsrechte verhindern. IHK und Handwerkskammer warnen deshalb vor „dirigistischen“ Eingriffen und Änderungen in der Mietgesetzgebung.

Absehbar ist, daß die politischen Möglichkeiten der sozialdemokratischen und grün-alternativen Kommunalpolitik nicht ausreichen werden, um die großen politischen Probleme, mit denen die Unterdrückten konfrontiert werden, zu bewältigen. — (dil)

# Trotz Staatsvertrag: Widerstand gegen DDR-Okkupation!

Die DDR soll dem Besatzungsregime der BRD-Konzerne unterworfen werden, in der BRD putschartig die Macht des Zentralstaats gesteigert werden

Am 18. Mai unterzeichneten DDR-Finanzminister Romberg und Bundesfinanzminister Waigel im Beisein von Kohl und DDR-Regierungschef de Maizière in Bonn den sogenannten Staatsvertrag. Der Staatsvertrag ist ein Okkupationsvertrag. Er soll einem Besatzungsregime, das nach den Wünschen westdeutscher Konzerne über die DDR errichtet werden soll, den Anschein völkerrechtlicher „Legalität“ verleihen. In Wirklichkeit wird das Verhältnis zwischen BRD-Recht und DDR-Recht, zwischen Staatsorganen der BRD und der DDR nach Inkrafttreten dieses Vertrags ein Verhältnis der Unterordnung, der Unterwerfung der einen Gesellschaft unter die andere, der einen Staatsverwaltung unter die andere: eben eine Okkupation. Die Bundesregierung will den Vertrag bis zum 21. Juni in zwei Lesungen im Bundestag beraten und verabschieden lassen. Danach soll am 22. Juni die Schlußabstimmung im Bundesrat folgen. Im Bundesrat haben derzeit noch die CDU/CSU-geführten Bundesländer die Mehrheit. Kommt wie geplant in Niedersachsen bis dahin eine Regierung aus SPD und Grünen ins Amt, so haben die SPD-geführten Bundesländer im Bundesrat die Mehrheit — selbst wenn Hamburg (SPD-FDP-Senat) sich der Stimme enthalten würde — und können

den Inkrafttreten des Vertrags verzögern, womit schon viel gewonnen wäre. Allerdings scheint es derzeit, daß der SPD-Vorstand mit einigen „Nachbesserungen“, in Form von Protokollnotizen oder ähnlichem, seine Oppositionsrolle erfüllt sehen würde und ansonsten der Kohlregierung freie Hand lassen will. Die SPD vermeidet in ihrer Kritik sorgsam, auf wirklich wichtige Widerstandspunkte hinzuweisen. Soll beispielsweise der Artikel 23 GG nach der angeblichen „Vereinigung“ von BRD und DDR fortbestehen und künftig als Hebel für großdeutsche Territorialforderungen gegen Polen, die Tschechoslowakei und andere Staaten Osteuropas dienen oder soll er fallen? Sollen die völkischen Bestimmungen des Grundgesetzes über deutsche „Volks- und Staatsangehörige“ und über die angebliche Obhutspflicht der Bundesregierung für vermeintliche „Deutsche“ bis weit hinter dem Ural fortgelten oder gestrichen werden? Soll das in der DDR geltende Wahlrecht für Ausländer gestrichen werden und an seine Stelle das rassistische bundesrepublikanische Ausländerrecht treten? Soll der § 218 und damit die Staatskontrolle über Schwangere künftig auch in der DDR gelten? Soll das Verbot faschistischer Organisationen in der DDR dem „Anschluß“ zum Opfer

fallen, so daß FAP, NPD, Republikaner und andere künftig auch in der DDR legal operieren können? Soll die privilegierte Stellung der Kirchen, Kirchensteuer, Gewerkschaftsverbot in kirchlichen Einrichtungen auf die DDR ausgedehnt werden oder nicht? Soll das Wirtschaftsverbot für Kommunen, wie es in der BRD gilt, auf die DDR ausgedehnt werden oder soll es fallen, damit die Kommunen endlich in die Lage versetzt werden, sozialen Ansprüchen der Lohnabhängigen wirksam nachzukommen? Sollen die Junker in die DDR zurückkehren oder bleibt die Bodenreform erhalten? Der Staatsvertrag würde alle diese Fragen zugunsten der Ansprüche bundesdeutscher Konzerne und zugunsten einer weiteren Ausdehnung westdeutscher reaktionärer Staatsgewalt auf die DDR, verbunden mit einer weiteren Rechtsverschiebung der staatlichen Ordnung in der BRD, weg von föderalen und anderen Schranken der Zentralregierung entscheiden. Genau an diesen Fragen aber ist es noch immer möglich, in den nächsten Tagen und Wochen den Widerstand gegen den Okkupationskurs der Bundesregierung zum Ausdruck zu bringen und womöglich das eine oder andere davon im Staatsvertrag — was in der tatsächlichen Wirkung viel wäre — zu verhindern. — (alk. rül)

## Die „Leitsätze für den Staatsvertrag“

Alle Widerstandspositionen und Einflußmöglichkeiten der Werktätigen werden aufgehoben

### A. Generelle Leitsätze

#### I. Allgemeines

1. Das Recht der Deutschen Demokratischen Republik wird nach den Grundsätzen einer freiheitlichen, demokratischen, sozialen und rechtsstaatlichen Ordnung gestaltet und sich an der Rechtsordnung der Europäischen Gemeinschaft orientieren.
2. Vorschriften, die den einzelnen oder Organe der staatlichen Gewalt einschließlich Gesetzgebung und Rechtsprechung auf die sozialistische Gesetzlichkeit, die sozialistische Staats- und Gesellschaftsordnung, die Vorgaben und Ziele zentraler Leitung und Planung der Volkswirtschaft, das sozialistische Rechtsbewußtsein, die sozialistischen Anschauungen, die Anschauungen der Arbeiterklasse, die sozialistische Moral oder vergleichbare Begriffe verpflichten, sind nicht mehr anzuwenden. Die Rechte und Pflichten der am Rechtsverkehr Beteiligten finden ihre Schranken in den guten Sitten, dem Grundsatz von Treu und Glauben und dem Schutz des wirtschaftlich schwächeren Vertragsteils vor unangemessener Benachteiligung.
3. Genehmigungsvorbehalte sollen nur aus zwingenden Gründen des allgemeinen Wohls bestehen. Ihre Voraussetzungen sind eindeutig zu bestimmen.

#### II. Wirtschaftsunion

1. Wirtschaftliche Leistungen sollen vorrangig privatwirtschaftlich und im Wettbewerb erbracht werden.
2. Die Vertragsfreiheit wird gewährleistet. In die Freiheit der wirtschaftlichen Betätigung darf nur so wenig wie möglich eingegriffen werden.
3. Unternehmerische Entscheidungen sind frei von Planvorgaben (z.B. im Hinblick auf Produktion, Bezüge, Lieferungen, Investitionen, Arbeitsverhältnisse, Preise und Gewinnverwendung).
4. Private Unternehmen und freie Berufe dürfen nicht schlechter behandelt werden als staatliche und genossenschaftliche Betriebe.
5. Die Preisbildung ist frei, sofern nicht aus zwingenden gesamtwirtschaftlichen Gründen Preise staatlich festgesetzt werden.
6. Die Freiheit des Erwerbs, der Verfügung und der Nutzung von Grund und Boden und sonstiger Produktionsmittel ist für wirtschaftliche Tätigkeit zu gewährleisten.
7. Unternehmen im unmittelbaren oder mittelbaren Staatseigentum sind nach den Grundsätzen der Wirtschaftlichkeit zu führen. Sie sind so rasch wie möglich wettbewerbsfähig zu strukturieren und soweit wie möglich in Privateigentum zu überführen. Dabei sollen insbesondere kleineren und mittleren Unternehmen Chancen eröffnet werden.

#### III. Sozialunion

- Jedermann hat das Recht, zur Wahrung und Förderung der Arbeits- und Wirtschaftsbedingungen Vereinigungen zu bilden, bestehenden Vereinigungen beizutreten, aus solchen Vereinigungen auszutreten und ihnen fernzubleiben. Ferner wird das Recht gewährleistet, sich in den Koalitionen zu betätigen. Alle Abreden, die diese Rechte einschränken, sind unwirksam. Gewerkschaften und Arbeitgeberverbände sind in ihrer Bildung, ihrer Existenz, ihrer organisatorischen Autonomie und ihrer koalitionsgeprägten Betätigung geschützt.
2. Tariffähige Gewerkschaften und Arbeitgeberverbände müssen frei gebildet, gegnerfrei, auf überbetrieblicher Grundlage organisiert und unabhängig sein sowie

das geltende Tarifrecht als für sich verbindlich anerkennen; ferner müssen sie in der Lage sein, durch Ausüben von Druck auf den Tarifpartner zu einem Tarifabschluß zu kommen.

3. Löhne und sonstige Arbeitsbedingungen werden nicht vom Staat festgelegt, sondern durch freie Vereinbarungen von Gewerkschaften und Arbeitgeberverbänden. Solange die Voraussetzungen hierfür nicht auf beiden Seiten gegeben sind, sind Vereinbarungen hierüber durch Arbeitgeber und Betriebsrat möglich.
4. Rechtsvorschriften, die besondere Mitwirkungsrechte des Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes, von Betriebsgewerkschaftsorganisationen und betrieblichen Gewerkschaftsleitungen vorsehen, werden nicht mehr angewendet.

### B. Leitsätze für einzelne Rechtsgebiete

#### 1. Rechtspflege

1. Vorschriften sind nicht mehr anzuwenden, soweit sie die Mitwirkung von Kollektiven, gesellschaftlichen Organen, der Gewerkschaften, der Betriebe, von gesellschaftlichen Anklägern und gesellschaftlichen Verteidigern an der Rechtspflege und deren Unterrichtung über Verfahren regeln; das Recht der Gewerkschaften zur Beratung und Prozeßvertretung in Arbeitsstreitigkeiten bleibt unberührt.
2. Vorschriften sind nicht mehr anzuwenden, soweit sie die Zusammenarbeit der Gerichte mit den örtlichen Volksvertretungen und anderen Organen, über die Berichtspflicht der Richter diesen gegenüber sowie über die Gerichtskritik regeln.
3. Die Vorschriften über die Mitwirkung der Staatsanwaltschaft an der Rechtspflege sind nur noch anzuwenden, soweit sie ihre Mitwirkung im Strafverfahren und in Familienrechts-, Kindschafts- und Entmündigungssachen betreffen.
4. Die im Strafrecht der Deutschen Demokratischen Republik auf die sozialistische Gesetzlichkeit sowie auf die sozialistische Staats- und Gesellschaftsordnung bezogenen Grundsätze sowie Vorschriften, die der Verfestigung planwirtschaftlicher Strukturen dienen, einer künftigen Vereinigung beider deutscher Staaten entgegenstehen oder Grundsätzen eines freiheitlichen demokratischen Rechtsstaates widersprechen, finden auf Nachinkrafttreten dieses Vertrages begangene Taten keine Anwendung.
5. Soweit Vorschriften des Strafgesetzbuches das sozialistische Eigentum betreffen, finden sie auf Taten, die nach Inkrafttreten dieses Vertrages begangen werden, keine Anwendung; die das persönliche oder private Eigentum betreffenden Vorschriften finden nach dem Inkrafttreten dieses Vertrages auch Anwendung auf das sonstige Eigentum oder Vermögen.
6. Soweit die in der Anlage II (von der DDR in Kraft zu setzende Rechtsvorschriften) genannten Regelungen straf- oder bußgeldbewehrt sind und sich diese Beweisvorschriften nicht in das Sanktionensystem der Deutschen Demokratischen Republik einfügen, wird die Deutsche Demokratische Republik diese Vorschriften ihrem Recht in möglichst weitgehender Angleichung an das Recht der Bundesrepublik Deutschland anpassen.

#### II. Wirtschaftsrecht

1. Zum Zwecke der Besicherung der Kredite werden in der Deutschen Demokrati-

2. In der Deutschen Demokratischen Republik werden die Voraussetzungen für einen freien Kapitalmarkt geschaffen. Hierzu gehört insbesondere die Freigabe der Zinssätze und die Zulassung von handelbaren Wertpapieren (Aktien und Schuldverschreibungen).
  3. Es werden die Voraussetzungen dafür geschaffen, daß Verwaltungsakte und sonstige Anordnungen der in Artikel 3 Satz 3 des Vertrages genannten Behörden gegenüber Personen mit Sitz oder Wohnsitz in der Deutschen Demokratischen Republik — notfalls auch mit Zwangsmitteln — durchgesetzt werden können.
  4. Das bestehende Versicherungsmonopol in der Deutschen Demokratischen Republik wird abgeschafft, die Prämienkontrolle in den Versicherungszweigen, in denen die Tarife nicht zum Geschäftsplan gehören, wird beseitigt und die geltenden Rechtsvorschriften und Anordnungen über die Allgemeinen Bedingungen für die Versicherungen werden aufgehoben.
  5. Bestehende Hemmnisse im Zahlungsverkehr der Deutschen Demokratischen Republik werden beseitigt und seine privatrechtliche Ausgestaltung wird gefördert.
  6. Der Außenwirtschaftsverkehr ist grundsätzlich frei. Beschränkungen sind nur aus zwingenden gesamtwirtschaftlichen Gründen sowie aufgrund von zwischenstaatlichen Vereinbarungen zulässig. Die Deutsche Demokratische Republik wird das Außenhandelsmonopol aufheben.
  7. Zum Zwecke der Gewinnung vergleichbarer Grundlagen wird die Deutsche Demokratische Republik ihre Statistiken an die der Bundesrepublik Deutschland anpassen und in Abstimmung mit dem Statistischen Bundesamt oder der Deutschen Bundesbank Informationen nach den Maßstäben der Bundesstatistik aus folgenden Bereichen bereitstellen: Arbeitsmarkt, Preise, Produktion, Umsätze, Außenwirtschaft und Einzelhandel.
- III. Baurecht
- Die Deutsche Demokratische Republik wird zur Planungs- und Investitionssicherheit für bauliche Vorhaben baldmöglichst Rechtsgrundlagen schaffen, die dem Baugesetzbuch und dem Raumordnungsgesetz

der Bundesrepublik Deutschland entsprechen.

#### IV. Arbeits- und Sozialrecht

1. Arbeitgeber in der Deutschen Demokratischen Republik können mit Arbeitnehmern aus der Bundesrepublik Deutschland, die vorübergehend in der Deutschen Demokratischen Republik beschäftigt werden, die Anwendung bundesdeutscher Arbeitsrechts vereinbaren.
2. Bei vorübergehenden Beschäftigungen von Arbeitskräften werden Befreiungen von der sich aus einer Beschäftigung ergebenden Versicherungspflicht in der Sozialversicherung möglich, wenn eine Versicherung unabhängig von dieser Beschäftigung besteht.
3. Die Vorschriften der Deutschen Demokratischen Republik über die Sicherheit

## Betr.: Viertes Reich und Föderalismus

Wir hatten bereits in mehreren Ausgaben dieser Zeitschrift auf die Absicht der Reaktion hingewiesen, bei Errichtung des neuen großdeutschen Reiches auch die föderalistische Ordnung der bisherigen BRD außer Kraft zu setzen. Zu diesem Föderalismus gehört auch das Recht der Bundesländer bzw. Länderregierungen, an Sitzungen des Bundestags und seiner Ausschüsse teilzunehmen. Artikel 43 Absatz 2 GG bestimmt ausdrücklich: „Die Mitglieder des Bundesrates ... sowie ihre Beauftragten haben zu allen Sitzungen des Bundestages und seiner Ausschüsse Zutritt.“ Die folgende Pressemitteilung des bayerischen Justizministeriums dokumentiert, wie weit Vertreter der Bundesregierung inzwischen gegen diese Länderrechte offen verstoßen und daß selbst die CSU, die bekanntlich am Ausschluß der Grünen aus dem Bundestagsausschuß zur Kontrolle der Geheimdienste energisch beteiligt war, nun vor ähnlichen Erfahrungen nicht geschützt ist.

#### „Eklat im Bundestag!

Bayerns Justizministerin

Dr. Mathilde Berghofer-Weichner:

„Einmaliger Skandal

in der Geschichte

der Bund-Länder-Beziehungen!“

Zu einem verfassungspolitischen Eklat hat die Sitzung des Bundestags-Rechtsausschusses in Bonn am 9. Mai 1990 geführt. Staatssekretär Dr. Kin-

kel vom Bundesjustizministerium hatte sich im Ausschuß eingefunden, um dort über die Verhandlungen der Bundesregierung mit der DDR über den geplanten Staatsvertrag zu informieren. Entgegen der Verfassung forderte der Staatssekretär aber zuvor die anwesenden Vertreter der Länder auf, den Saal zu verlassen. Der Vertreter Bayerns — ebenso der Vertreter Niedersachsens und die Vertreterin von Rheinland-Pfalz — lehnten dies unter Hinweis auf das Grundgesetz ab. Hierauf kündigte der stellvertretende Ausschußvorsitzende MdB Stiegler (SPD) an, die Ausschusssitzung werde unterbrochen und als „Abgeordnetenbesprechung“ mit Staatssekretär Dr. Kinkel fortgesetzt. Der Vertreter Bayerns war dadurch gezwungen, das Feld zu räumen.

Bayerns Justizministerin Dr. Berghofer-Weichner, derzeit Vorsitzende der Konferenz der Justizminister und -senatoren, wertete diesen Vorgang heute als einen „einmaligen Skandal“ in der Geschichte der Bund-Länder-Beziehungen. „Sollen die im Grundgesetz verbrieften Mitwirkungsrechte der Länder in Bonn jetzt unter dem Deckmantel der Wiedervereinigung ausgehebelt werden? Was soll die Mausechelle um die Verhandlungen mit der DDR-Regierung? Was hat Dr. Kinkel zu verbergen?“

Pressemitteilung des Bayerischen Staatsministeriums der Justiz, 10. Mai 1990

## Wirtschaftsexpansion und Staatsvertrag

Erste Festlegungen, wie die DDR von BRD-Konzernen okkupiert und geplündert werden soll

Im folgenden dokumentieren wir einige Auszüge aus dem Staatsvertrag und seinen Anlagen. Das komplette Dokument soll 110 Seiten umfassen und lag uns bei Redaktionsschluß noch nicht vor. Trotzdem sind schon einige Vorhaben aus den in der Presse veröffentlichten Auszügen erkennbar. So wird das erst im Frühjahr in der Volkskammer verabschiedete Gewerkschaftsgesetz komplett wieder aufgehoben. Die Subventionen für Grundnahrungsmittel, Mieten und Gesundheitsversorgung in der DDR werden beseitigt. Eine extreme Teuerung wird die Folge sein. Die Strompreise sollen steil steigen — aber nur für private Haushalte. Alle Ansprüche der Werktätigen auf öffentliche Dienstleistungen sollen auf

ihre „Finanzierbarkeit“ überprüft werden. Das Bundesfinanzministerium in Bonn gönnt der DDR noch nicht einmal den Münzgewinn, der aus der Prägung neuer westdeutscher Münzen für die DDR anfällt. Die Haushalte der DDR-Staatsorgane werden über die Kontrolle ihrer Kreditaufnahme der Aufsicht des Bundesfinanzministeriums in Bonn und der Bundesbank in Frankfurt unterstellt. Private Eigner von Produktionsmitteln, also insbesondere BRD-Konzerne, sollen in der DDR einen extrem privilegierten Rechtsstatus bekommen. Jede „Diskriminierung“ ihrer Absicht, Werktätige auszubeuten und Profite zu machen, wird verboten. Die DDR wird verpflichtet, sämtliche VEBs und Kombinate als

Pfänder für ihre derzeitigen und künftig entstehenden Staatsschulden bereitzustellen und baldmöglichst zu „privatisieren“. Diese Zerschlagung von VEBs und Kombinate wird Massenentlassungen zur Folge haben.

Eine Schlüsselrolle bei der Okkupation der DDR kommt der Bundesbank zu. Dieses Zentralinstitut der westdeutschen Monopolbourgeoisie erhält den Status einer speziell geschützten, zum Waffentragen berechtigten fremden Macht, die Zugang zu allen Unterlagen der DDR-Ranken bekommt und auf diesem Wege Informationen über alle Betriebe der DDR zusammenträgt. Jede Kreditaufnahme von Privatbanken oder Unternehmen der DDR in





15000 bis 20000 Menschen beteiligten sich am 12. Mai in Frankfurt an der bundesweiten Demonstration unter dem Motto „Nie wieder Deutschland!“ gegen die DDR-Annexionspläne der Bundesregierung. Autonome, Antimperialisten, Grüne, DKP, VSP, MLPD, Arbeiterbund für den Wiederaufbau der KP, BWK, Volksfront und zahlreiche örtliche antifaschistische und antirevanchistische Kräfte beteiligten sich an der

Demonstration. Bei den Kundgebungsreden fehlten völlig Beiträge gegen den Staatsvertrag und die konkrete Okkupationspolitik der Regierung. Das ist schade, weil den Anschein, alles gelaufen, aber im Herzen weiterhin „undöitsch“, braucht sich die Linke nicht zu geben. Widerstand gegen das Vierte Reich ist nicht nur nötig, sondern auch mit Erfolgsaussichten möglich.

Foto links: B. Maus

Währung als in D-Mark bedarf künftig der Genehmigung der Bundesbank. Damit gewinnt die BRD über die Bundesbank die sofortige Kontrolle über den Außenhandel der DDR. Alle Barreserven der DDR-Staatsorgane müssen bei der Bundesbank hinterlegt werden. Gleichzeitig werden der DDR keinerlei Rechte gegenüber der Bundesbank eingeräumt.

Für BRD-Unternehmen, die in der DDR Filialen aufmachen, sind spezielle Schutzklauseln schon jetzt im Vertrag. So werden sie vor Vermögens-, Erbschafts- und anderen Besitzsteuern der DDR durch die Klausel geschützt, daß für solche Steuern das Steuerrecht am Sitz der „tatsächliche(n) Geschäftsleitung“, also in der BRD, ausschlaggebend ist. Bei Verstößen gegen DDR-Wirtschaftsrecht sind BRD-Unternehmen zudem durch die Klausel geschützt, daß westdeutsche Staatsorgane nur in den Fällen Auskunft erteilen, in denen auch ein Verstoß gegen bundesdeutsches Recht vorliegt. Für Unternehmen, deren Eigner im Westen sitzt, kommt das einer Aufforderung zu Vergehen gegen die Wirtschaftsgesetze der DDR gleich. Der Status der DDR als halbkoloniales Okkupationsgebiet, in dem sich westdeutsche Unternehmen fast alles erlauben können, ist damit schon jetzt erkennbar.

„Grundlage der Wirtschaftsunion ist die soziale Marktwirtschaft als gemeinsame Wirtschaftsordnung beider Vertragsparteien. Sie wird insbesondere bestimmt durch Privateigentum, Leistungswettbewerb, freie Preisbildung und grundsätzlich volle Freizügigkeit von Arbeit, Kapital, Gütern und Dienstleistungen; hierdurch wird die gesetzliche Zulassung

besonderer Eigentumsformen für die Beteiligung der öffentlichen Hand oder anderer Rechtsträger am Wirtschaftsverkehr nicht ausgeschlossen, soweit private Rechtsträger dadurch nicht diskriminiert werden ...“ (aus: Kapitel I: Grundlagen; Artikel 1: Gegenstand des Vertrages)

„1. Durch die Errichtung einer Währungsunion zwischen den Vertragsparteien ist die Deutsche Mark Zahlungsmittel, Rechnungseinheit und Wertaufbewahrungsmittel im gesamten Währungsgebiet. Zu diesem Zweck wird die geldpolitische Verantwortung der Deutschen Bundesbank als alleiniger Emissionsbank dieser Währung auf das gesamte Währungsgebiet ausgeweitet. Das Recht zur Ausgabe von Münzen obliegt ausschließlich der Bundesrepublik Deutschland.“ (aus: Kapitel II: Bestimmungen über die Währungsunion; Artikel 10: Voraussetzungen und Grundsätze)

„6. Nach einer Bestandsaufnahme des volkseigenen Vermögens und seiner Ertragsfähigkeit sowie nach seiner vorrangigen Nutzung für die Strukturanpassung der Wirtschaft und für die Sanierung des Staatshaushalts wird die Deutsche Demokratische Republik nach Möglichkeit vorsehen, daß den Sparern zu einem späteren Zeitpunkt für den bei der Umstellung zwei zu eins reduzierten Betrag ein verbrieftes Anteilsrecht am volkseigenen Vermögen eingeräumt wird.

7. Die Deutsche Bundesbank übt die ihr nach diesem Vertrag und nach dem Gesetz über die Deutsche Bundesbank zustehenden Befugnisse im Gesamtbereich der Währungsunion aus. Sie errichtet zu diesem Zweck eine Vorläufige Verwal-

tungsstelle in Berlin mit bis zu fünfzehn Filialen in der Deutschen Demokratischen Republik ...“ (ebenda)

„Die Gebietskörperschaften in der Deutschen Demokratischen Republik unternehmen bei Aufstellung und Vollzug der Haushalte alle Anstrengungen zur Defizitbegrenzung. Dazu gehören bei den Ausgaben:

— der Abbau von Haushaltssubventionen, insbesondere kurzfristig für Industriewaren, landwirtschaftliche Produkte und Nahrungsmittel, wobei für letztere autonome Preisstützungen entsprechend den Regelungen der Europäischen Gemeinschaft zulässig sind, und schrittweise unter Berücksichtigung der allgemeinen Einkommensentwicklung in den Bereichen des Verkehrs, der Energien für private Haushalte und des Wohnungswesens,

— die nachhaltige Absenkung der Personalausgaben im öffentlichen Dienst; — die Überprüfung aller Ausgaben einschließlich der ihnen zugrundeliegenden Rechtsnormen auf Notwendigkeit und Finanzierbarkeit ...“ (aus: Kapitel V: Bestimmungen über den Staatshaushalt und die Finanzen; Artikel 26: Grundsätze für die Finanzpolitik der Deutschen Demokratischen Republik)

„Die Festlegung der Kreditermäßigungen in den Haushalten der Gebietskörperschaften der Deutschen Demokratischen Republik sowie die Aufnahme von Krediten und das Einräumen von Ausgleichsforderungen erfolgen im Einvernehmen zwischen dem Minister für Finanzen der Deutschen Demokratischen Republik und dem Bundesminister für Finanzen der Bundesrepublik Deutschland ...“ (ebenda, Artikel 27: Kreditaufnahme und Schulden)

## DGB und DDR-Sprecherrat zum Staatsvertrag

Gefährliche Zustimmung zum Bonner Okkupationskurs bei richtigen Einzelkritiken

„Der DGB und der Sprecherrat der Gewerkschaften der DDR begrüßen die Absicht der Bundesregierung und der Regierung der DDR, mit dem Staatsvertrag den deutsch-deutschen Einigungsprozess einzuleiten und ihn zugleich in den Zusammenhang der Entwicklung einer europäischen Friedensordnung und in den europäischen Einigungsprozess einzufügen.

Der DGB und der Sprecherrat der Gewerkschaften der DDR unterstützen auch, daß mit dem Staatsvertrag eine Gemeinschaft beider deutschen Staaten begründet werden soll, in der die Sozialunion mit der Währungs- und Wirtschaftsunion eine Einheit bildet ...

Umso schärfer zu kritisieren ist, daß der Staatsvertragsentwurf an einigen Stellen noch hinter die in der Bundesrepublik bestehenden sozialen Standards und ordnungspolitischen Regelungen zurückfällt ...

Durchaus problematisch ist, daß nach Artikel 27 des Staatsvertragsentwurfs die Kreditaufnahme in den Haushalten der Gebietskörperschaften der DDR im Einvernehmen zwischen den Finanzministern der beiden Staaten erfolgen soll.

Faktisch würde das darauf hinauslaufen, daß die Kreditaufnahme der (zukünftigen) Länder und Gemeinden von der Zentralregierung genehmigt und mit dem Bundesfinanzminister abgestimmt werden muß. Rechtfertigen läßt sich eine solche Regelung vielleicht aus den

besonderen Verhältnissen der DDR, da dort ein föderalistisches System noch nicht besteht. Mit der Finanzverfassung der Bundesrepublik wäre diese Regelung nicht zu vereinbaren ...

... Die gesetzliche Bindung tariflicher Regelungen für den öffentlichen Dienst an die allgemeinen wirtschaftlichen und finanziellen Verhältnisse und die Erfordernisse der Haushaltskonsolidierung bedeutet faktisch eine Einschränkung der Tarifautonomie im öffentlichen Dienst ...

Der DGB und der Sprecherrat der Gewerkschaften der DDR vermissen schließlich auch eine Aussage im Staatsvertrag über die Einhaltung der Normen des internationalen Völkerrechts, insbesondere der ILO-Übereinkommen Nr. 87 und 98 ... Der Entwurf sieht vor, daß die DDR ihre Regelungen schrittweise an das Sozialversicherungsrecht der Bundesrepublik anpaßt.

Dies würde bedeuten, daß — die generelle Versicherungspflicht aller Erwerbstätigen aufgehoben und eine Beschäftigung bis zu 15 Stunden in der Woche bei einem Arbeitsentgelt bis zu 470 DM im Monat (1990) versicherungsfrei würde;

— für Arbeitnehmer in der Krankenversicherung eine Versicherungspflichtgrenze eingeführt werden müßte, — für Arbeiter und Angestellte unterschiedliche Mitgliedschaftsrechte gelten

müßten,

— die DDR bestimmte Strukturen des Versorgungssystems (z.B. Polikliniken, Ambulatorien) abschafft,

— die zum Teil sehr hohen zusätzlichen Selbstbeteiligungen in der DDR eingeführt werden müßten ...

Nach Anlage III des Vertragsentwurfs soll u.a. der Teil des Arbeitsgesetzbuches der DDR, der mit den einzelnen Bestimmungen des Staatsvertrages nicht vereinbar ist, aufgehoben werden ... Dazu gehören z.B. der Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz, ein sehr weitgehend ausgebautes System von Ganztageseinrichtungen für Kinder und Jugendliche und etliche weitere Regelungen, die die Vereinbarkeit von beruflichen und familiären Belangen verbessern.

Aus der Sicht des DGB und des Sprecherrats der Gewerkschaften der DDR ist es dringend geboten, daß mit dem Staatsvertrag keine Verschlechterung der Situation von Frauen in der DDR einhergeht ...

Bezüglich des künftigen Status der in der DDR lebenden Ausländer fordern der DGB und der Sprecherrat der Gewerkschaften in der DDR, Regelungen zu treffen, mit denen sie so gestellt werden wie die rechtmäßig in der Bundesrepublik lebenden Ausländer ...“

Quelle: Gemeinsame Stellungnahme von DGB und Sprecherrat der DDR-Gewerkschaften zum Staatsvertrag, Düsseldorf/Berlin, 15. Mai 1990

### Politische Berichte

Zeitschrift des Bundes Westdeutscher Kommunisten — erscheint vierzehntägig.  
Herausgeber: Bundesdelegiertenkonferenz des Bundes Westdeutscher Kommunisten (BWK)  
5 Köln 1, Zulpicher Straße 7, Postfach 260226  
Tel. 0221/21 64 42  
Herausgeber für die Bundesdelegiertenkonferenz des BWK: Christoph Cornides, Jörg Detjen, Martin Fochler, Christiane Schneider.  
Sie erscheint im Verlag GNN Verlagsgesellschaft Politische Berichte m.b.H., 5000 Köln 1, Zulpicher Str. 7, Tel. 0221/21 16 58, Konten: Postgiroamt Köln, BLZ 370 100 50, Kto. Nr. 104 19 507 und Bank für Gemeinwirtschaft, BLZ 370 101 11, Kto. Nr. 11 44 39 36 00

Bezugsbedingungen: Einzelpreis: 1,50 DM. Ein Halbjahresabonnement Politische Berichte kostet 26,- DM. Ein Jahresabonnement Politische Berichte 52,- DM.  
Bestellungen bitte an die unten angegebenen regionalen Versandstellen richten.

Verantwortliche Redakteure: für Aktuelles aus Politik und Wirtschaft: Ulrike Detjen; für Auslandsberichterstattung: Rüdiger Lötzer; für Reportagen und Berichte regional: Günter Baumann; für Aus Kultur und Wissenschaft: Angela Lux; für Aus Verbänden und Parteien — Diskussion, Dokumentation: Spezialberichte Alfred Kusler.  
Bei der regionalen Berichterstattung wirken mit: Arbeitsgemeinschaft Landesberichterstattung Nordrhein-Westfalen, Nachrichtenverband baden-württembergischer Betriebs- und Lokalzeitungen, Nachrichtenverband bayerischer Betriebs- und Lokalzeitungen.  
Quellenhinweis: Artikel und Nachrichten der AG Stahl- und Metallindustrie: AGM, der AG Medien in der Volksfront: AGME, des NH Chemische Industrie: AGCH, der AG für Beschäftigte im Dienstleistungsgewerbe: AGD, der AG gegen reaktionäre Gesundheitspolitik: AGG, der AG Jugend, Militär und Gefangnisse in der Volksfront: AGJ, der AGs für antifaschistische Bildungspolitik und für revolutionäre Hochschulpolitik: AGB, der AG für Kommunalpolitik: AGK, der Antifaschistischen Nachrichten der Volksfront: VF.  
Druck: Neuer Weg Verlag und Druck GmbH, 4300 Essen 1. — Beilagenhinweis: Vierteljährlich: Beilage, Gesammelte Beiträge aus der Diskussion der Linken.

Im GNN-Verlag erscheinen ebenfalls vierzehntägig:

**Nachrichtenhefte**, hrsg. von AG Stahl- und Metallindustrie, 8 S., 1,20 DM  
AG Medien in der Volksfront, 4 S., 0,50 DM  
Herausgeberkreis Nachrichten Chemische Industrie, 4 S., 0,50 DM  
AG Beschäftigte im Dienstleistungsgewerbe, 6 S., 0,80 M  
AG gegen reaktionäre Gesundheitspolitik, 8 S., 1,20 DM  
AG Jugend, Militär, Gefangnisse, 8 S., 1,20 DM  
AG für antifaschistische Bildungspolitik und AG für Revolutionäre Hochschulpolitik, 8 S., 1,20 DM  
AG für Kommunalpolitik, 8 S., 1,20 DM

**Antifaschistische Nachrichten**, hrsg.: Volksfront gegen Reaktion, Faschismus und Krieg, 16 S., 1,20 DM

**Bezugsbedingungen** Ein Halbjahres- bzw. ein Jahresabonnement kostet Einzelpreis plus 1,- DM Portopauschale mal Anzahl der Lieferungen.

#### Bestelladressen:

GNN Verlagsgesellschaft  
Politische Berichte m.b.H.  
5000 Köln 1, Zulpicher Straße 7, Postfach 260226  
GNN Verlag Schleswig-Holstein/Hamburg  
Günthersir. 6a, 2000 Hamburg 76  
GNN Verlagsgesellschaft Westberlin  
Czeminskistr. 5, 1000 Westberlin 62  
GNN Verlag Niedersachsen/Bremen  
Große Düwelstr. 55, 3000 Hannover 1  
GNN Nordrhein-Westfalen  
Zulpicher Straße 7, 5000 Köln 1  
GNN Verlag Hessen  
Postfach 11 08 22, 6000 Frankfurt 11  
GNN Verlagsgesellschaft Baden-Württemberg  
Gutenbergstr. 48, 7000 Stuttgart 1  
GNN Verlagsgesellschaft Bayern  
Holzstr. 2, 8000 München 5

**Kurdistan-Rundbrief**, Hrsg.: Kurdistan-Komitee in der BRD, Feyka Kurdistan und versch. Solidaritätsgruppen, 4 S., 0,80 DM. Jahresabo: 30 DM.

**Angehörigen-Info**, Hrsg.: Angehörige der politischen Gefangenen in der BRD, 8 S., 0,80 DM. Halbjahresabo 26 DM.

Bestellungen für die beiden zuletzt angeführten Zeitschriften bitte nur an GNN-Verlag, Zulpicher Str. 7, 5000 Köln 1.

### Politische Berichte zum Abonnieren — zum Kennenlernen

Hiermit bestelle ich ... Stück pro Ausgabe der Politischen Berichte (zutreffendes bitte ankreuzen)

- ☐ 10 Ausgaben für 10 Mark (Schein beilegen) zum Kennenlernen.
- ☐ Im Jahresabonnement (52,— DM bei Einzelabo).
- ☐ Im Halbjahresabonnement (26,— DM bei Einzelabo).
- ☐ Ich bezahle nach Erhalt der Rechnung.
- ☐ Bankeinzug: Ich ermächtige den GNN-Verlag widerruflich, den Rechnungsbetrag zu Lasten meines Girokontos abzubuchen.

Name: .....

Straße: .....

Postleitzahl/Ort: .....

Konto-Nr./BLZ: .....

(Kontoführendes Kreditinstitut/Unterschrift)

Einsenden an: GNN, Zulpicher Str. 7, 5000 Köln 1 oder regionale Bestelladresse 1190

# Bücher über schreibende und dichtende Frauen früher und heute

Geschichtlicher Abriss/Weibliche Ästhetik/Autorinnen der Gegenwart

1989 ist bei Suhrkamp ein Taschenbuch neu aufgelegt worden, das bereits vier Jahr zuvor bei der Metzlerschen Buchhandlung erschienen war. Es lohnt sich, darüber etwas zu sagen, befaßt es sich doch mit einem in der Literaturgeschichte weitgehend ausgesparten Thema: „Schreibende Frauen; Frauen — Literatur — Geschichte vom Mittelalter bis zur Gegenwart“.

Die Geschichte der Literatur von Frauen ist immer auch eine Frage von Freiräumen gewesen, sowohl in materieller Hinsicht, was die freie Zeit anbelangt, wie in bildungsmäßiger, da Frauen Bildung sehr häufig verwehrt wurde, als auch eine Frage der Auseinandersetzung mit dem Patriarchat, da den Frauen Schreiben und Veröffentlichen weitgehend verboten war.

In der Mitte des 12. Jahrhunderts scheinen solche Freiräume zumindest in rudimentärer Form an einzelnen Höfen und von Frauenklöstern und Beginenhäusern geboten worden zu sein (Beginenhäuser standen Frauen offen, die in Klöstern wegen des damals hohen Andrangs nicht aufgenommen werden konnten). Thematisch setzen sich diese schreibenden Frauen mit ihrer Liebe zu Gott auseinander; Mystizismen, Offenbarungen und die Anhimelung Gottes. Hier kommt auch so etwas zur Sprache wie eigene Bedürfnisse, Wünsche und Lust, was für Frauen damals ein enormer und gewagter Schritt war, der letztlich auch artikulierbar war, weil er sich auf einen abstrakten Gott bezog und nicht auf das „Weltliche“. Dennoch müssen diese Texte als ein Aufbegehren gegen die totale Unterordnung der Frauen unter die Männer gewertet werden.

Daraus entwickelt sich in der nächsten Zeit mehr; einmal in Widerspruch zu ihrer Gesellschaft gelangt, gehen manche Frauen noch wesentlich weiter:

„Hier belehrt das Exempel viele Menschen, diejenigen, welche schlechte Herren über sich haben, sie sollen sie nicht unterstützen, sie sollen ihnen weder durch ihren Geist noch durch ihr Gut Beihilfe leisten, auf daß sie nicht noch stärker

werden, vielmehr sollen sie sie nach Kräften schwächen.“ (Marie de France, um 1200, S. 23)

Dies war sicher eine Ausnahme, ist aber interessant, da es die Unterschiedlichkeit von Entwicklungen in verschiedenen Ländern zeigt. So etwas war zu der Zeit in Deutschland ganz unmöglich.

Der Teil über die Renaissance macht den Nachteil verschiedener Autoren (etwa dreißig) deutlich. Hier gibt es ausschließlich Einzelbeispiele, keine Zusammenfassung von Tendenzen und Beweggründen, dafür aber eine gewollt intellektuelle Sprache, eine Art Insidergeplausch. Französische und italienische Originalzitate werden nicht übersetzt.

Ab dem 17. Jahrhundert entwickelt sich vorwiegend in Frankreich eine „Salonkultur“, die — ausschließlich in den „exklusiven“ Gesellschaftskreisen — Frauen Möglichkeiten schafft, an der „Gesellschaft“ teilzuhaben. Diese minimalen Freiheiten sowie überhaupt die Möglichkeit, zu schreiben und zu publizieren, mußten immer wieder neu gegen das kirchliche und gesellschaftliche Rollenbild erstritten werden. So wenden sich Schriftstellerinnen gegen die sogenannten „typisch weiblichen Eigenschaften“, die — leicht modifiziert und/oder abgeschwächt — heute noch Bestand haben. Der Kampf geht um Bildung für Frauen, die davon weitgehend ausgeschlossen waren, und um das, was heutzutage wohl „gleichberechtigte Partnerschaft“ zwischen Mann und Frau hieße, also ein Emanzipationsbestreben.

Ende des 18. bis Mitte des 19. Jahrhunderts verstärken sich zwei Literaturarten, die für Frauen Bedeutung bekommen: Die Brief- und Reiseliteratur einerseits und der Erziehungs- und Bildungsroman andererseits. An der Brief- und Reiseliteratur haben Frauen erheblichen Anteil und tragen damit wesentlich zur Entwicklung der Literatur bei, ohne daß ihr Anteil registriert worden wäre. Der Erziehungs- und Bildungsroman von Frauen ist von einer gesellschaftlichen Umstrukturierung gekennzeichnet

net. Der aufkommende Kapitalismus bewirkt ein Hinausdrängen der Frauen des Bürgertums aus dem Erwerbsleben (Trennung zwischen privatem und öffentlichem Leben). „Der Mann mußte hinaus, während die Frau in die dreifache Rolle der Hausfrau, Gattin und Mutter verwiesen wurde.“ (S. 144) In der Literatur der Frauen schlug sich das in verschiedenen Richtungen nieder: Vom Beschreiben und Begrüßen des bürgerlichen Frauenideals (Güte, Tugend, Fürden-Mann-da-sein) bis zur Kritik dessen, im Sinne der Eigenständigkeit von Frauen. Bekanntere Namen für das letztere sind Jane Austen (England), Ida Hahn-Hahn (Deutschland) und George Sand (Frankreich). Gemeinsam ist beiden Richtungen, da sie dem Bürgertum entstammen, die Kritik an der verkommenen adeligen Gesellschaft.

Radikalere Auffassungen entwickelten sich vorwiegend in England und Frankreich, Frauen schrieben über allgemeine Lebensbedingungen, Kinderarbeit, Prostitution und Sklavenbefreiung, womit sie an die Grundfesten der Gesellschaft stießen.

Relativ akzeptierter waren die Frauen im Bereich der Lyrik. Liebe, Freiheit und Gerechtigkeit, Frauenbefreiung waren die Themen.

„Wo wieder aber ward der Ruf vernommen  
„Für alle Freiheit“ klang es fast wie Hohn,  
Denn für die Männer nur war er gekommen.“

Im Wettersturm der Revolution.“ (Louise Otto, 1848, S. 238)

Ende des Jahrhunderts erweitert sich der Themenbereich um Fragen der sexuellen Befreiung, lesbischer Beziehungen und freier Partnerwahl. Das Theater bleibt „frauenfrei“, es werden so gut wie keine Stücke von Frauen aufgeführt.

Der Teil „Lyrik nach der Oktoberrevolution“ hält leider nicht, was er verspricht. Es wird aus dem Leben Anna Achmatowskas geplaudert; wer sie nicht kennt, wird nicht schlauer. Andere sowjetische Schriftstellerinnen finden keine Erwähnung.

Im 20. Jahrhundert entwickelt sich die deutschsprachige Literatur stark in der Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus (Else Lasker-Schüler, Gertrud Kolmar, Nelly Sachs) und seinen Folgen in der Nachkriegszeit.

„Oh, ich müßte mit euch, in Krämpfen, zerprügelt, hungrig, verlaust  
Hinkriechen auf tränendem Gestein, gefesselt mit eiserner Krampe. Das wird kommen, ja, das wird kommen, irret euch nicht!  
Denn da dieses Blatt sie finden, werden sie mich ergreifen.“ (Gertrud Kolmar, 1933, S. 308)

„In einem Totenhaus trinken die Henker von gestern den goldenen Becher aus.“ (Ingeborg Bachmann, 1952, S. 315)

Die DDR bringt vor allem Literatur über die



Rohmaterial von Friederike Mayröcker

NS-Zeit hervor sowie — häufig im Sinne der SED-Politik sehr zweckgebundene — Schriften aus der Arbeitswelt. Die Schaffung einer proletarischen Literatur, die von der Bevölkerung angenommen und weitergebracht wird, ist offenbar nicht gelungen. Zum anderen veröffentlichten in der DDR so bedeutende Autorinnen wie Anna Seghers und Christa Wolf. Ab den siebziger Jahren setzt sich auch hier viel Gesellschaftskritik in Romanen um.

In mehreren Beiträgen wird auf die Beziehung der Literatur der Frauen und der Frauenbewegung Ende der sechziger Jahre bis heute in Westeuropa und in den USA eingegangen.

In der lateinamerikanischen Literatur konnten sich Frauen inzwischen einigermaßen durchsetzen, was bei stark patriarchalischen Kulturen ungewöhnlich ist. Ihre Bücher setzen sich viel mit der Unterdrückung durch die Imperialisten und die „eigenen“ Diktatoren auseinander.

Schwarz-amerikanische Frauen setzen sich vor allem mit ihrer doppelten Unterdrückung auseinander, der als Frau durch schwarze und weiße Männer und der als Schwarze durch rassistische Diskriminierung.

Es gibt nur sehr wenige schwarz-afrikanische Schriftstellerinnen, was mit den Strukturen Afrikas zusammenhängt, insbesondere der weitgehend niedrigen Alphabetisierungsrate. Hinzu kommt eine enorme große Anzahl von Sprachen und Dialekten, was die Bildung einer spezifisch afrikanischen Literaturkultur erschwert. Für Frauen ist es noch viel schwerer zu schreiben als für Männer, die Strukturen sind noch immer extrem patriarchal. Eine Untersuchung kommt zu nur etwa 90 Schriftstellerinnen in ganz Schwarzafrika. Aber es gibt auch eine traditionelle Art der Literatur, die der mündlichen Überlieferung (Oralliteratur), worauf sich Schriftstellerinnen beziehen und damit einen Teil Geschichte, der weitgehend unterdrückt war, lebendig machen können. Die Frauen befassen sich mit der eigenen Kultur und dem zerstörerischen Wirken des Kulturimperialismus, mit der Unterdrückung und der Befreiung der Frauen.

Beiträge zu Film- und Krimiautorinnen vervollkommen das Buch.

Frauenschreiben muß immer erkämpft werden gegen gesellschaftliche patriarchale Unterdrückung. Diese Unterdrückung setzt sich fort: Literatur von Frauen ist mit wenigen Ausnahmen unbekannt gehalten worden. Das aufzubrechen kann einen erheblichen Teil der Geschichte bisheriger Gesellschaft

ten bekannter machen und weist — solange das Patriarchat fortbesteht — auch immer in die Zukunft. Darin liegt die Bedeutung des Buches.

Hiltrud Gnüg und Renate Möhrmann, Hrsg.: Schreibende Frauen. Frauen, Literatur, Geschichte vom Mittelalter bis zur Gegenwart, Suhrkamp Taschenbuch 1603, 18,00 DM — (F)

## Ist Streben nach Avantgarde männlich?

Marlies Gerhardt befaßt sich weniger mit den exakten gesellschaftlichen Umständen, unter denen Frauen schreiben, Literatur produzieren; sie versucht am Beispiel im wesentlichen dreier Frauen darzulegen, daß eine eigene Ästhetik der Frauenliteratur entsteht, weil keine Tradition von Frauen verfaßter Literatur vorhanden sei: Rahel Varnhagen, die von 1771 bis 1833 in Berlin lebte und deren Briefe nach ihrem Tod von ihrem Ehemann veröffentlicht wurden; Virginia Woolfe, eine englische Schriftstellerin, die von 1882 bis 1941 in England lebte und deren Romane und Erzählungen vor allem in den zwanziger Jahren veröffentlicht wurden; Gertrude Stein, 1882 in Europa geborene US-Amerikanerin, die seit Anfang des Jahrhunderts in Paris lebte und deren mit der Sprache experimentierende etwa 40 Romane nur zu einem geringen Teil ins Deutsche übersetzt sind. Gerhardt versucht zu belegen, daß für Autorinnen „der Nahblick, die Fixierung aufs Alltägliche und Empirische, für sie das wesentliche und erkenntnisleitende Prinzip zu sein scheint, während Ideenkunst, Idealisierung oder Dämonisierung ihnen fern stehen... Der stillschweigende und selbstverständliche Verzicht hat eher zu tun mit dem über Jahrhunderte verzögerten entree der Frauen in die geschriebene Sprache.“ Die Alltagssprache als Ausdrucksmittel ist beiden englischsprachigen Schriftstellerinnen eigen. Rahel Varnhagen benutzt den Brief und damit auch eine an der Alltagssprache, am Gespräch orientierte Form. Alle drei — so Gerhardt — benutzen diese Sprachform nicht aus Mangel an Kreativität, der ihnen zu Lebzeiten schon qua Geschlecht zugesprochen wird. Sie benutzen sie bewußt, um nicht in die Abgrenzungskämpfe der Literaten zu ihren Traditionen zu geraten. Die schreibenden Männer treiben den Kampf um die Avantgarde voran, um sich in der Erfindung neuer Formen und Sprachstile von den vor ihnen publizierenden Männern abzugrenzen. Insofern sei das Streben nach Avantgarde eine Eigenart schreibender Männer. In diesem Konflikt könnten schreibende Frauen nicht mithal-

ten, sie müßten abseits davon schreiben. Andere, die nicht so schreiben, sondern sich in Bezug auf zeitgenössische oder historische Vorbilder betätigen, seien zur Imitation verdammt, behauptet Marlies Gerhardt.

Marlies Gerhardt, Stimmen und Rhythmen, Weibliche Ästhetik und Avantgarde; Sammlung Luchterhand Nr. 655, 9,80 DM — (uld)

## Moderne Schriftstellerinnen

„Ein neues Kapitel deutschsprachiger Literatur“ lautet der Untertitel von Jürgen Serkes Buch „Frauen schreiben“. Es ist über dreißig Schriftstellerinnen aus Österreich, der Schweiz, der BRD und der DDR gewidmet. Die Auswahl wird nicht begründet. Sie könnte z.B. damit begründet werden, daß es sich um Werke der Dichtkunst handelt, die, anders als wissenschaftliche oder journalistische Arbeiten, durch die Übersetzung verlieren könnten. Daher ist die Vereinnahmung als „deutsche Autorinnen“ enthalten. Dies nur vorweg.

Serke, zum Zeitpunkt der Veröffentlichung des Buches 1982 Autor des „Stern Magazins“, hat sich sorgfältig mit den Werken dieser Schriftstellerinnen befaßt und würdigt ihre Leistungen, die sich nicht über einen Kamm scheren lassen. Dabei läßt er Sympathie für diejenigen erkennen, die versuchen, auf ihre Art Widerstand zu leisten gegen unterdrückende Herrschaftsstrukturen, dabei aber beharrlich die Liebe als Sprengkraft gegenzusetzen, die teils anarchistisch, teils christlich aufgefaßt wird. Serke kritisiert Frauen wie Gabriele Wohmann, die die gewohnten Verhältnisse bloß umkehren und die Zeit und Kraft zum Schreiben auf Kosten ihrer Ehemänner gewinnen. Er kritisiert am Beispiel von Karin Struck auch eine Richtung feministischen Schreibens, in dem biologisch verfahren und Werte wie Gebärfreudigkeit um jeden Preis hochgehalten werden. Alle damals noch lebenden Schriftstellerinnen hat er in oft tagelangen Gesprächen nach ihren Absichten, ihren Arbeiten und Lebensbedingungen gefragt, und er verarbeitet deren Antworten. Zu Beginn des Buches schildert Serke den Kampf der schreibenden Frauen um Autonomie. Er geht dabei bis zu den Frauen der Romantik zurück, die diesen Kampf begannen und scheiterten. Er würdigt zahlreiche jüdische Schriftstellerinnen, die von den deutschen Nazis verfolgt wurden.

(Jürgen Serke, Frauen schreiben. Ein neues Kapitel deutschsprachiger Literatur, Fischer Taschenbuch 588, 16,80 DM — anl)

## Die Bullen greifen nach den Sternen

— Europäische Gemeinschaft der Inneren Sicherheit —

### Herausgeber:

Bürger kontrollieren die Polizei (Bremen), CILIP — Bürgerrechte und Polizei (Berlin), Straßenmedizin — Mitteilungsblatt der Sanitärergruppen (Hamburg)

### Mit Beiträgen von:

H.-G. Behr, H. Busch, N. Bethune, Chr. Busold, O. Diederichs, R. Gössner, J. Quattremer, W. Raith, F. Scheuerer, M. Schubert, D. Schulze-Marmeling, H. Wächter, Th. Weichert, A. Yurttagül

### Inhalt:

TREVI — Schengen-Europas Sicherheitsbehörden machen mobil; Festung Europa — Grenzen dicht für Flüchtlinge; BKA: Im Rausch der Drogen; Europa im Datennetz; „Terrorismusbekämpfung“ — Hebel zur westeuropäischen Vereinheitlichung gegen politische Opposition; Organisierte Kriminalität in Westeuropa; Nordirland — Lateinamerika in Europa? u.a.m.

### Vollständige Dokumentation der Schengener Verträge und Zusatzabkommen

Broschüre, 64 Seiten, DIN A 4, ISBN 3-88876-039-9

DM 8.50

Bestelladresse: Straßenmedizin c/o BI Umweltschutz Untereibe  
Hohensch 63 (Hinterhaus), 2000 Hamburg 50

Einzel exemplare: DM 8.50 zuzügl. DM 1.50 P&V  
ab 5 Exemplaren: DM 5.95 (30% Rabatt), zuzügl. P&V  
Sonderrabatte bei Abnahme höherer Stückzahlen